

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Dritteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
Betragt für die sechsgehaltene Kolonne
jeils ober deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Verträge
und Veranlassungen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 16. Juli 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die amerikanische Konkurrenz.

In der letzten Zeit läßt sich die hochschützöllnerische wie agrarische Presse wieder mit Eifer angelegen sein, das Schreckgespenst der amerikanischen Konkurrenzgefahr heraufzubeschwören. Jeder beliebige Vorfall des amerikanischen Wirtschaftslebens wird benutzt, von der industriellen Entwicklung der Vereinigten Staaten ein grotesk-übertriebenes Bild zu zeichnen, an das man dann, je nach dem eignen Interessenstandpunkt, die Mahnung knüpft, Deutschland müsse auf das amerikanische Schutzollsystem mit Repressivmaßnahmen, d. h. mit Zollerhöhungen auf die landwirtschaftlichen Hauptausfuhrartikel antworten, oder die deutschen Industriezweige auf Eisen, Papier, Bekleidungs- u. dergleichen erhöhen, daß der deutschen Industrie unter allen Umständen der einheimische Markt gesichert bleibe.

Zur Kategorie dieser Demonstrationenveruche zweifelhafter Güte gehört auch der seit einigen Tagen durch die schützöllnerischen Blätter laufende Artikel der „Deutschen volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ über die deutsch-kanadischen Handelsbeziehungen. Nach einem Hinweis darauf, daß die deutsche Regierung die kanadische Differential-Zollpolitik mit der Entziehung des Meißbegünstigungsrechtes beantwortet hat, wird darauf aufmerksam gemacht, daß jetzt die Getreidebörse in Montreal sich an die kanadische Regierung gewandt und diese gebeten hat, dafür zu wirken, daß Deutschland wieder den Waren kanadischer Provenienz die Meißbegünstigung zugestehet, — dann heißt es weiter mit nicht mißzuverstehender, gegen die Vereinigten Staaten gerichteter Rügenanwendung:

„Dieser kanadische Fall zeigt nämlich sehr drastisch, wie schwer schon unter den gegenwärtigen Umständen die Erschwerung in der internationalen Konkurrenz auf unsern Markt von einem Lande empfunden wird, dem wir die Meißbegünstigung versagen. Diese Maßnahme hat nämlich bei der Bedeutung des deutschen Marktes für den Weltverkehr die Wirkung, die gesamte Provenienz eines Landes auf dem Weltmarkt aus dem Grunde minderwertig zu machen, weil sie nicht ebenso ungehindert wie die andern Länder auf unsern Markt konkurrieren kann.“

Nieht man daher aus diesem kanadischen Fall die Rügenanwendung für die deutsche Handelspolitik, so ergibt sich, daß wir gar nicht so sehr in Sorge zu sein brauchen, mit andern Ländern zu tarifrechtlichen Vertragsabmachungen zu gelangen, sofern wir uns nur der Freiheit voll bedienen, die wir bei Ablauf der geltenden Handelsverträge gewinnen, um unsern autonomen Tarif ausschließlich nach unsern eignen Bedürfnissen einzurichten. Würden dann andere Länder uns ihre Vertragsverträge versagen wollen und sich damit vom Gemisse der unsrigen abschließen, sie würden sehr bald die gleiche Erfahrung wie Kanada machen, daß nämlich der deutsche Markt eine Macht ist, von der man sich nicht ungefroht isolieren kann. Hoffentlich wird Graf Hilow die rechte Rügenanwendung aus den in Kanada mit Verfügung unserer Meißbegünstigung so prompt erzielten Wirkungen zu ziehen wissen und sich nicht durch das Lamento jener Leute einschüchtern lassen, welche in der Zollpolitik nicht weiter als bis an ihre Nasenspitze zu sehen vermögen.“

Die Motive dieser teils offen, teils halbversteckt betriebenen, auf die Entrierung des Zollkriegs hinauslaufenden Agitation sind recht durchsichtig. Die Herren Agrarier möchten, daß die vornehmlich von den Vereinigten Staaten nach Deutschland exportierten Artikel, als Weizen, Mais, Schmalz, Fleisch, Roggen, Holz, Oleomargarine usw. unter dem Vorwande der Bekämpfung des amerikanischen Zollsystems mit möglichst hohen Repressivzöllen belegt würden. Damit würden die Herren Junker auf einem Umwege dasjenige erreichen, was nun schon seit Jahren der Bund der Landwirte durch seine Agitation für erhöhte Agrarzölle vergeblich erstrebt: eine allgemeine Preissteigerung der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Denn den bisher aus der Union zu uns gelangenden Agrarprodukten würde teils der Absatz auf dem deutschen Markt abgeschnitten werden, teils würden sie auf Umwegen über andre Länder zu erhöhten Preisen zu uns kommen. Rußland aber vermag in manchen dieser Artikel den Ausfall kaum zu decken, besonders nicht in Jahren mit Missernten, wie es sie im letzten Jahrzehnt mehrmals gehabt hat.

Andrer Art sind die Gründe der industriellen Schutzöllner, die von der „amerikanischen Gefahr“ schwärzen. Ihr Bestreben ist nicht, wie sie verkünden, den deutschen Inlandsmarkt zu schützen; dieser Markt ist, wenigstens vorerst, noch nicht bedroht — sondern ihn durch Zollerhöhungen gegen die auswärtige Konkurrenz abzuschließen, um die Inlandspreise erhöhen zu können und sich durch den auf diese Art erlangten Mehrertrag in den Stand gesetzt zu sehen, die für das Ausland bestimmten Waren desto niedriger im Preise stellen zu können, zur Unterbietung ausländischer Mitbewerber.

Das Eingeständnis dieser Absicht, dem inländischen Konsumumenten die Kosten für den Ausfall beim Export aufzubürden, würde dem doch manchem, der in der Gefolgschaft der Hochschützöllner mittertrottel, lopscheu machen, und aus der Handelsstatistik läßt sich eher alles ande, als die Notwendigkeit allgemeiner Zollerhöhungen beweisen. Hat doch unter den heute bestehenden Vertragszöllen die deutsche Industrie mehr und mehr die fremde Konkurrenz zurückgedrängt und gleichzeitig ihren Absatz nach außerhalb stetig ausgedehnt. Weit über drei Fünftel der deutschen Ausfuhr bestehen aus Fabrikaten, während an der Einfuhr die Fabrikate noch nicht ganz mit einem Fünftel beteiligt sind, 1898 mit 18,7, 1899 mit 19,8 Proz. Und in diesem Fünftel sind noch die sogenannten Halbstoffe mit enthalten, die in Deutschland weiter verarbeitete und teilweise in jeder ausgeführt werden. Nicht man diese ab, ergibt sich

daß im Durchschnitt der letzten Jahre nur ungefähr ein Achtel der Einfuhr aus fertigen Fabrikaten bestanden hat. Und recht charakteristisch, gerade in jenen Branchen, die zumeist nach Zollschutz schreien, beträgt vielfach, wie die Statistik beweist, die Ausfuhr das Zehnfache, Zwölffache, ja Fünfzehnfache der Einfuhr, so z. B. bei eisernen Maschinen, Lokomotiven und Lokomobilen, Feinen und groben Eisenwaren, Eisenbahnschienen, Achsen, Radeisen usw.

Aus solchen statistischen Nachweisen läßt sich selbst bei aller jener Unbersorenheit, die gewisse im Prodnienst der rheinisch-westfälischen Industriegruppen stehende Volkswirtschaftler auszeichnen, nicht beweisen, daß der inländische Markt eines verstärkten Schutzes bedarf, und so bietet die angebliche „amerikanische Gefahr“ ein willkommenes Parade-Argument, das bald so, bald anders ausstaffiert präsentiert wird, wie die Erfahrung lehrt, nicht ohne Erfolg.

Daß, wenn auch die nordamerikanische Industrie in den letzten Jahren bedenkliche Fortschritte gemacht hat, doch das Bild, das die hochschützöllnerische Presse als Warnung an die Wand zu malen liebt, fast in allen Zügen Uebertreibungen und Fälschungen enthält, ist mehrfach an der amerikanischen Handelsstatistik nachgewiesen worden, und auch der Ausgang des letzten Fiskaljahres, das am 30. Juni endete, liefert dafür einen erneuten Beweis.

Nach einer Korrespondenz des „Hamb. Korrespondenten“ beträgt die Wertsumme des Exports der Vereinigten Staaten im letzten Fiskaljahr ungefähr 1 1/2 Milliarden Dollar (ungefähr 600 Millionen Mark), bis Ende Mai bezifferte sie sich auf 1895 Millionen Dollar.

„Von dieser Riesenausfuhr“, heißt es weiter, „hat Europa wiederum den Löwenanteil erhalten, indem es, soweit sich bis jetzt feststellen läßt, Waren im Werte von etwa 1165 Millionen Dollar von Amerika bezog, was gegen das letzte Jahr ein Plus von über 100 Millionen Dollar ausmacht. Südamerika erhielt nur etwa für 44 Millionen Dollar Exportartikel, gegen 1900 eine Zunahme von etwa sechs Millionen. Obwohl sich also die Ausfuhr nach Südamerika in etwas vergrößert hat, so ist das Totalgeschäft der Vereinigten Staaten mit den südamerikanischen Republiken doch verhältnismäßig sehr unbedeutend, speziell wenn es mit der Ausfuhr nach Europa verglichen wird. Nicht unwohl wird zur Förderung des amerikanischen Ausfuhrhandels in Südamerika in politischer Hinsicht tüchtig gegen Europa und ganz besonders gegen den gefährlichsten und unheimlichsten Konkurrenten im Handelsverkehr, Deutschland, gehetzt und Mißtrauen gesät, ohne daß aber vorläufig nennenswerte Resultate für die Vereinigten Staaten dabei herausgekommen wären. Die Ausfuhr der Staaten nach Kanada betrug in diesem Jahre im Werte etwa 195 Millionen Dollar, oder nahezu die fünffache Summe des Exports nach Südamerika.“

Was die Exportartikel anbetrifft, so haben die landwirtschaftlichen Produkte in der Statistik am meisten gewonnen, während Fabrikate zc. in den Exportziffern sowohl eine tatsächliche wie relative Abnahme aufweisen. Bis jetzt liegen nur für landwirtschaftliche Produkte die Angaben für zehn Monate vor, und zwar belief sich während dieser Zeit deren Wert in der Ausfuhr auf 811 891 955 Dollar, was 65 1/2 Proz. des gesamten Exports ausmacht, während im letzten Jahre diese Rate nur 62,21 Proz. betrug. Der Wert der ausgeführten Fabrikationsprodukte beträgt 339 310 614 Dollar oder 27,40 Proz., und hat also gegen letztes Jahr, wo er 30 1/2 Proz. betrug, um etwa 3 Proz. abgenommen. In diesem Ausfall trägt einzig und allein China die Schuld, weil die Vereinigten Staaten dort fast ausschließlich Fabrikate exportieren und für landwirtschaftliche Produkte im Reich der Mitte kaum irgendwelche nennenswerten Abnehmer fanden.

Die Vereinigten Staaten sind demnach noch immer ein vorwiegend landwirtschaftliches Produkt ausführendes Land; die Ausfuhr von Fabrikaten betrug im letzten Jahre nur ca. 27 1/2 Proz., in 1899/1900 30 1/2 Proz. der Gesamtausfuhr, während die Fabrikate an der deutschen Ausfuhr in den letzten beiden Jahren mit ungefähr 62 Proz. beteiligt waren. Und wozu geht vornehmlich die Fabrikatenausfuhr der Vereinigten Staaten? Nach Mexiko, Kanada, Mittel- und Südamerika, nach Asien, Australien und Südafrika. Nach Deutschland gehen fast ausschließlich landwirtschaftliche Produkte; der einzige Industrie-Artikel, der in Betracht kommt, sind Maschinen, zumeist gußeiserne, zum Gebrauch in der Landwirtschaft.

Nicht auf dem deutschen Markt hat die deutsche Industrie mit der amerikanischen zu konkurrieren, sondern in Rußland, in Ostasien, in Mittel- und Südamerika, in Südafrika. Für die Konkurrenz in diesen Gebieten können ihre aber weder Industriezölle, noch erhöhte Zölle auf die amerikanischen Agrarprodukte nützen, im Gegenteil, die letzteren würden die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf den in Betracht kommenden ausländischen Absatzmärkten nur schwächen, da sie einerseits eine Verteuerung der notwendigen Lebensmittel der Arbeiterklasse, andererseits eine Preissteigerung verschiedener von der deutschen Industrie benötigter Rohstoffe zur Folge haben würden, z. B. der Rohbaumwolle, des Kupfers, Solzes, verschiedener Oele, des Bleis, Zinns usw. Die „amerikanische Gefahr“ liegt ganz wo anders als in der Konkurrenz der amerikanischen Industrie auf dem deutschen Inlandsmarkt; der Kampf wird auf fremdem Boden ausgefochten und die nächsten Bedingungen für einen guten Ausgang sind nicht Erhöhungen der deutschen Lebensmittel- und Rohstoffzölle, sondern ihre Abschaffung.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 15. Juli.

Neue Zuchthaus-Zehnsucht.

Das Siegesgefühl über die erfolgreiche Abwehr der Zuchthausvorlage darf die Arbeiter nicht zur Sorglosigkeit verleiten. Der Scharfmacher sind seitdem nicht weniger geworden und im stillen wird das Feuer kräftiger denn je geschürt und Material für eine neue Zuchthausvorlage — in verschärfter

Auflage — zu liefern und zu sammeln gesucht. Der in der Sonntagnummer erwähnte Programmartikel des Herrn Buech wies auf diese Strebungen deutlich hin. Je mehr der wirtschaftliche Niedergang die Möglichkeit hoher Profite unterbindet, je mehr die Arbeiter gezwungen werden, Abwehrmaßnahmen gegen Lohnreduzierungen und Verschlechterungen ihrer Position zu ergreifen, desto mehr wird der Wunsch nach einer Anebelung der Arbeiterklasse nach gesetzgeberischer Gestaltung drängen. Bei der Zuchthausvorlage haben die bürgerlichen Parteien ja infolge der Brüstierung der Regierung ziemlich kurzen Prozeß gemacht. Man darf aber nicht vergessen, daß zu jener Zeit der wirtschaftliche Aufschwung gerade auf seinem Höhepunkt stand und weite Kreise des Unternehmertums über den goldenen Segen die „Begehrlichkeit der Arbeiter“ für einen Augenblick vergaßen. Der wirtschaftliche Niedergang, an dessen Beginn wir jetzt stehen, verändert die Situation vollständig. Es mehren sich die Anzeichen, daß gegenwärtig selbst Kreise von Industriellen und Gewerbetreibenden von dem Zuchthausfieber ergriffen werden, die zur Zeit der eigentlichen Zuchthausaktion der Sache ziemlich gleichgültig zusahen. Ein Beispiel dafür ist die Hallenser Handelskammer, die Vertretung von Handel und Gewerbe im Regierungsbezirk Merseburg. Der Bericht dieser Korporation für das Jahr 1898 ließ verschleiern das Verlangen nach einem „Schutz der Arbeitswilligen“ erkennen; dieses Verlangen wurde mit dem „aus Arbeiterkreisen stammenden Verlangen des Rechts auf Arbeit“ begründet. Der vorjährige Bericht, der die Zeit der eigentlichen Zuchthauskampagne umfaßte, enthielt sich, von leisen Andeutungen abgesehen, vollständig der Scharfmacherei. Dagegen treibt der soeben erschienene Jahresbericht für 1900 eine Zuchthauspropaganda, wie man sie in derselben Sinnlosigkeit und Schärfe kaum bei den Organen der borniertesten Unternehmer-Vertretungen findet und das zu einer Zeit, wo die Vertretungen des Handels gemeinsam mit der Arbeiterschaft die unversämten Forderungen der Brotwinzer abzuwehren müssen! Freilich besteht zwischen den drei hier erwähnten Jahresberichten ein fundamentaler Unterschied. Die beiden ersten schwebeln in Lobliedern auf die wirtschaftliche Prosperität, der letztere dagegen muß resigniert den Rückgang in fast allen Gewerben verzeichnen, einen Rückgang, den der Bericht zum Teil „den kriegerischen Wirren“ zuschreibt. Es wird konstatiert, daß besonders in der im hiesigen Bezirk stark vertretenen Maschinenindustrie schon vor Ablauf des Jahres 1900 Arbeiterentlassungen in großem Maßstab vorgenommen werden mußten; eins der größten Establishments hat seine Arbeiterzahl um 14—15 Proz. verringert. In den Lohnsätzen sei dagegen keine nennenswerte Veränderung eingetreten. Vom Standpunkt des Arbeitnehmers dürfte also von günstigen Lohnverhältnissen gesprochen werden, da die vorjährigen, damals gesteigerten Löhne meistens weiter gezahlt werden.

Dennoch — so heißt es wörtlich weiter — hat dieses sorgfältige Verhalten der Arbeitgeber nicht überall vermocht, Ruhe und Zufriedenheit in den Arbeiterkreisen herbeizuführen und zu erhalten.

Dies lehren die unruhigen Bewegungen, welche mehrfach bemerkt wurden und vereinzelt zu kleineren oder größeren Ausständen sich entwickelten. In Halle ist ein lang anhaltender Bauhandwerkerstreik, namentlich im Plauererogeebe eingetreten, der sogar während des arbeitslosen Winters weiter genährt und durchgehalten wurde, indessen mit einer Niederlage der Ausständigen geendet hat. Auch die sonstigen sporadischen Ausstände haben, so weit sie uns bekannt geworden sind, einen Erfolg für die Arbeiter nicht gezeitigt. Im Beginn einer sinkenden Wirtschaftsperiode kann auf einen derartigen Erfolg nicht gerechnet werden und es ist schwer begreiflich, daß von den Ausständigen so wenig Einsicht und Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse bewiesen worden ist, die den Arbeitern weder unbekannt geblieben sein können, noch ihnen verschwiegen worden sind.

Indessen lehrt ja leider die Erfahrung einer längeren Reihe von Jahren, daß die Arbeiter vielfach gegen eigne, bessere Ueberzeugung handeln, wenn sie sich mit verbundenen Augen in einen Streik begeben.

So mancher unserer Berichterstatter hat schon seiner Zeit in Verwunderung Ausdruck darüber verliehen, daß alte verständige, auf ihrer Arbeitsstätte seit langen Jahren beschäftigte Leute so wenig Ueberlegung und Umsicht beweisen, daß sie blindlings dem Strome der Auslandsbewegung sich überlassen und damit das Band zerhauen, welches sie bisher mit ihrem Arbeitgeber verbunden hat.

Diese Erscheinung ist um so merkwürdiger, als gewöhnlich Führer des Streiks junge Leute ohne jedwede Erfahrung im wirtschaftlichen Leben, dabei unselbstig und lediglich Worthelden sind.

Wer in Arbeiterkreisen viel verkehrt, wird sich von dem Eindruck nicht frei machen können, daß diese jungen, unreifen, arbeitentüchtigen Elemente von den wirklich erfahrenen tüchtigen Arbeitern über die Achsel und nicht für voll angesehen werden. Dennoch, und das ist das eigenartige der so oft schon beobachteten Erscheinung, folgt der brave, für Fleiß und Ständer gern sorgende Mann der ausgesprochenen Unerschlichkeit und Arbeitsunfähigkeit auf das Kommando: „von morgen wird nicht weiter gearbeitet“ und ruiniert sich in seinem wirtschaftlichen Dasein auf Monate, wenn nicht auf Jahre hinaus. Ja, selbst die spätere Erkenntnis, daß ein solcher Ausstand ihm schwere finanzielle Schäden in dem einen Jahre geschlagen hat, hindert den Familienvater nicht, im nächsten Jahre wiederum auf das socialdemokratische Glattis zu gehen.

Denn die Socialdemokratie ist der Räuberboden, auf dem die Unzufriedenheit gesät wird und in die Palme schießt; aber diese Palme tragen

keine nährnde, sondern nur eine verderbliche Frucht, und schwer ist es deshalb zu verstehen, wie der Arbeiter nach soviel Misserfolgen sich den durch die von der Socialdemokratie angestellten Agitatoren angezeigten Ausstandsbewegungen immer wieder in die Arme werfen mag, obwohl wir wissen, daß eine Haupttriebfeder nicht verändlicher Lamerad-schaftlicher Sinn und die Furcht ist, an eigener Person Schaden zu nehmen.

Wäre das Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen zu Stande gekommen, so würde dadurch zum wenigsten die Handhabe geboten worden sein, den größten Ausschreitungen entgegenzutreten.

Sehr vielen braven Arbeitern würde damit ernstlich genügt worden sein, wenn sie es auch offen nicht bekennen würden.

Und den Arbeitgebern sollte eintretenden Falles die Erlaubnis werden, auf den Abgangszugnissen die That-sache bemerkbar zu machen, daß der Arbeiter ohne Klündigung die Arbeit verlassen habe. Daß in dem vertraglichen Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus falsch verstandenen Wohlwollen gegen den Arbeiter die Wahrheit nicht ausgesprochen werden darf, ist ein Hauptgrund für die Unbotmäßigkeit und die Streifgefühle, die in ihnen künstlich durch Aufreizung genährt werden.

Die Gesetzgebung sollte sich aufpassen, um diesen offensichtlichen Schaden gerade im Interesse der Arbeiter zu beseitigen.

Man sieht, das Zuchtstrafgesetz allein genügt den Herren nicht mehr, sie wollen auch noch ein geistliches Verfehmungssystem, das die Arbeiter vollständig in die Hände der Unternehmer geben soll. Diese erbarmungswürdige Epistel, die zu widerlegen Zeitverschwendung bedeuten würde, ist symptomatisch für die Bestrebungen, deren Propagierung das Unternehmertum in der Periode des wirtschaftlichen Niederganges mit verdoppelter und verdreifachter Kraft sich hingibt; sie ist um so bezeichnender, als, wie schon erwähnt, dieselbe Korporation zur Zeit der Zuchtstrafkampagne keine besonderen Anstrengungen gemacht hat, die Aktion zu unterstützen und auch deshalb, weil in der Hallenser Handelskammer neben andern Liberalen auch der Führer der dortigen Freisinnigen, Stärfabrikant Schmidt (1898 Kandidat der freisinnigen Volks-partei für Halle) sitzt.

Die Scharfmacherei ist aber nicht nur unsinnig durch und durch, sie ist auch ganz und gar vom Zaune gedrohen. Im Jahre 1900 haben nämlich im Bezirke der Handelskammer mit Ausnahme des großen Streiks der Halleischen Maurer und des Streiks der Bergarbeiter so gut wie gar keine Ausstände von Bedeutung stattgefunden. Die Forderungen der Bergarbeiter waren durchaus berechtigt; sie sind den am Ausstand Beteiligten auch nach dem Streik überall bewilligt worden. Der Streik der Maurer dagegen ist notwendig geworden infolge eines eklatanten Wortbruchs der Unternehmer. Aus Anlaß eines Streiks der Maurer wurde im Jahre 1899 vor dem Hallischen Gewerbegericht zwischen der Bau-Zunft und den beiden Maurerorganisationen die Abmachung getroffen und von beiden Teilen durch Unterschrift anerkannt, daß der Stundenlohn der Maurer in Halle vom 1. April 1900 bis 1. April 1901 50 Pf. betragen solle. Als gegen den Herbst des vergangenen Jahres die Bauhätigkeit nachließ, durchbrachen aber die Mitglieder der Bau-Zunft — zweifellos einem Beschlusse dieser Körperschaft folgend — den Vertrag und nahmen weitgehende Lohnreduzierungen vor. Den Maurern blieb nichts weiter übrig, als angesichts dieses absichtlichen Wort- und Treubruchs in den Streik einzutreten; gern thaten sie es nicht, denn es war nur zu offensichtlich, daß die Unternehmer eine Kraftprobe beabsichtigten. Im Vertrauen auf ihr gutes Recht wagten sie jedoch den Schritt. Der Kampf, in dessen Verlauf die dortigen Unternehmer jedwede Unterstützung von ihren Klassengenossen in ganz Deutschland erzielten, der eine lange Liste von Bestrafungen wegen Beleidigung und Belästigung von Arbeitswilligen, wegen Streikpostenstreichen usw. im Gefolge gehabt hat und noch haben wird, der aber auch die seit langem erstrebte Einigung der dortigen Maurer zu Stande brachte, ist erst vor wenigen Tagen für beendet erklärt worden. Die Arbeiter wurden geschlagen; gegenwärtig arbeiten Hunderte von Italienern am Plage, während die Hallischen Maurer auswärts Beschäftigung suchen mußten.

Angesichts dieser einwandfreien Thatsachen spricht der Bericht der Handelskammer von „Unbotmäßigkeit“ und „Streifgefühlen“, von „von der Socialdemokratie angestellten Agitatoren angezeigten Ausstandsbewegungen“!

Der Bued-Artikel, die zuchtstrafbegeisterten Betrachtungen der Handelskammer in Halle, die offenbar wünscht, daß nicht nur durch schwindelhafte Bankiers sondern auch ehrliche Arbeiter die Gefängnisse bevölkert zu lassen, — das sind politische Wirkungen der wirtschaftlichen Krisis, die ernstliche Aufmerksamkeit verdienen! —

Deutsches Reich.

Der Kaiser kommt! Weil der Kaiser kommt, ist, wie uns aus Offen geschrieben wird, in sämtlichen Schulen in Hörde und Schwerte der Beginn der Schulferien um 10 Tage hinausgeschoben worden. Am 16. August soll der Kaiser nach Hohenlyburg kommen, und damit die Spalierbildung lädenlos ausfällt, ist der Beginn der Ferien um 10 Tage, bis zum 18. August, hinausgeschoben worden. Ob die Kinder unter solchen Umständen dem Kaiserbesuch wohl mit besonderer Freude entgegensehen? —

Singer ist schuld! Zur Kaufmann-Affaire wird der „Potsdamer Zeitung“ von einer Persönlichkeit, die gut informiert zu sein behauptet, ein anderer Grund für die Nichtbestätigung Kaufmanns angegeben, „der“, wie das Blatt mit Wirtbachscher Raiwetät meint, die Entschlebung des Kaisers menschlich begreiflicher würde erscheinen lassen.

Belamitlich wurde Stadtrat Kaufmann nur dadurch gegen einen Mitbewerber von weniger scharf ausgeprägtem Liberalismus der Anschauungen gewählt, daß die Socialdemokraten einstimmig sich für ihn erklärten. An jenem Tage spielte der Stadtvorordnete Paul Singer gewissermaßen die Rolle Warwids, des Königs-machers, in der er sich übrigens nicht schlecht zu gefallen schien. Mein Gewährsmann behauptet nun, daß gerade dieser Umstand die Wahl des Stadtrats Kaufmann dem Monarchen habe unannehmbar erscheinen lassen. Von Herrn Singer, der etwas darin zu suchen scheint, bei jeder Gelegenheit den revolutionären und republikanischen Charakter der Socialdemokratie besonders zu betonen, wolle er sich den zweiten Bürgermeister von Berlin denn doch nicht präsentieren lassen — so soll, wenn auch nicht den Worten, so doch dem Sinne nach, Wilhelm II. sich geäußert haben.

Ob das ein triftiger Grund für die Nichtbestätigung Kaufmanns sei als die Landwehrentenants-Geschichte — das zu er-kennen müssen wir den Fachleuten von Byzanz überlassen, die zu

entscheiden wissen, welche monarchischen Beschlässe mehr und welche minder „menschlich begreiflich“ seien.

Jedenfalls wird die Regierung, wenn sie Wert darauf legen sollte, gelegentlich auch etwas Vernünftiges durchsetzen zu wollen, immer mehr darauf angewiesen sein, derartige Gesetze aus der Hand der Socialdemokratie entgegenzunehmen, wie es beispielsweise die Socialdemokratie war, die für die reitende That der Handelsverträge eingetreten ist. Für die Regierung wird ein solches Verhältnis kaum nachtheilig sein; sie könnte auf diese Weise Kanalvorlagen durchsetzen und würde Blamagen, wie die der Zuchtstraf-vorlage, vermeiden. Keine Regierung wird mit der Socialdemokratie fertig, aber auch keine wird, sofern ihr Ehrgeiz auf halbwegs geschickte Dinge gerichtet ist, mehr ohne die Socialdemokratie fertig, die in der That die Rolle des Königsmachers spielt, weil sie dem Königtum der Vernunft die notwendige Entwicklung bereitet. —

Kroftig-Retter. Die amtliche „Berliner Korrespondenz“ hat das merkwürdige Bedürfnis, wiederholt den ermordeten Rittmeister v. Kroftig rein zu waschen. Wie schlecht muß das Gewissen der für die weitere Belassung des Rittmeisters im Dienst Verantwortlichen sein, wenn man derart immer von neuem die den Militarismus nicht eben zierende Gestalt aus dem Grabe erweckt.

Die „Berliner Korrespondenz“ versucht einige der über den Rittmeister imlaufende Geschichten zu entkräften. In einem Falle mag es sich um eine Verwechslung mit einem andern Soldaten-schänder handeln. Die übrigen Nichtigstellungen sind keineswegs überzeugend, so v. n. z. B. unter Nr. 4 heißt:

Rittmeister v. Kroftig habe 1898 in der Altensteiner Gegend Sonntag einen Pferde-Appest vom Morgen bis zum Abend, ohne jede Unterbrechung, abgehalten.

Die Angelegenheit ist bereits 1898 infolge einer Anzeige ge-richtlich untersucht worden; das Ergebnis war, daß gegen den Rittmeister nichts Belastendes vorlag.

Ja, vermutlich hält die „Berl. Korrespond.“ jenen Pferde-Appest nicht für „belastend“. Uebrigens fehlt in der Liste der Ablenkungs- und Abschwächungsversuche jene besonders charakteristische Mitteilung, daß der Rittmeister seine Frau in der Reitschule mißhandelt habe, weil sie nicht schnell genug ritt. So wird in Gumbinnen erzählt, die Gieße, die v. Kroftig bei dieser Gelegenheit mit der Reitpeitsche austeilte, hätten mehr die Frau als das Pferd getroffen. Einmal habe die Frau nachreiten müssen, die Reitschule sei vom Rittmeister verschlossen worden und erst nach zwei Stunden habe der Durchschlüssel dürfen.

Aber die ganze Verächtigung ist aus dem Grunde völlig belanglos, weil die amtliche Korrespondenz immer noch die Hauptsache ver-gißt, nämlich aus den Akten mitzuteilen, welcher Art die Ver-schuldungen Kroftigs waren, die zu seiner Verurteilung zu vier Monaten Festungshaft führten. Die von ihm verübten Soldaten-mißhandlungen müssen ganz außerordentlich schwer gewesen sein, wenn man die verhältnismäßig sehr hohe Strafe in Betracht zieht; denn man weiß, daß selbst Mißhandlungen ärgster Art, welche sich Unteroffiziere zu Schulden kommen lassen, mit gelinder Haftstrafe geahndet werden.

Was soll überhaupt dieses ganze Presh-Aufgebot? Wünscht das Kriegsministerium, daß keine falsche Meinung über das Verhalten Kroftigs und die Praxis der Herredverwaltung sich bildet, die den Mann im Dienst beiseit, so sorge man dafür, daß die zweite Instanz im Kroftig-Prozess in voller Oeffentlichkeit verhandelt. Das ist wirksamer als derartige offiziöse Dementis, von denen jeder so viel glauben kann, wie es dem Grade seiner Gutmütigkeit und Vertrauensseligkeit entspricht. —

Das Gumbinner Militärgerichts-Verfahren findet einen Verteidiger in dem früheren Staatsanwalt, jetzigen Geheimen Kriegs-rat Roman. Der wegen seiner Meinungsäußerungen über die Socialdemokratie bekannte Roman genügt vollständig, um ein Argument mehr gegen das Verfahren der Gumbinner Gerichts-herrn zu bilden. Herr Roman schreibt u. a.:

„Von einer Zurückhaltung des Hidel in der Haft kann keine Rede sein; eine Neuverhaftung war beabsichtigt und ist erfolgt. Daß aber zwischen einer Zurückhaltung in der Haft und einer Wiederhaftung auf Grund eines neuen Haftbefehls ein großer Unterschied besteht, liegt auf der Hand. In Haft behalten werden soll der Beschuldigte, wenn er freigegeben ist, nach § 179 nicht; wohl aber kann gegen ihn unter bestimmten Voraussetzungen ein neuer Haftbefehl erlassen werden, dem selbstverständlich wiederum eine neue vorläufige Festnahme seitens des militärischen Vorgesetzten vorausgehen muß. Es fragt sich also nur, ob die Voraussetzungen zum Erlaß eines neuen Haftbefehls vorliegen. Das ist zu bejahen. Nach dem Gesetz ist ein neuer Haftbefehl zulässig, wenn ein „neuer Verdachtsgrund“ vorliegt. Dieser liegt vor.“

Abgesehen davon, daß es sich thatsächlich um keine neue Ver-haftung, sondern um eine einfache Haftverlängerung handelt — wie sieht der „neue Verdachtsgrund“ des Herrn Roman aus? Folgender-maßen:

Durch die Hauptverhandlung erster Instanz war zur Kenntnis des Gerichtshofes gelangt, daß auf Feigen in un-zulässiger Weise eingewirkt sei und daß namentlich Unteroffiziere der v. Kroftigschen Schwadron das Bestreben gezeigt hätten, die Angeklagten vor Verurteilung zu schützen. Diese Thatfache war für die Gerichtsherrn neu und naturgemäß auch in hohem Maße geeignet, den gegen die Angeklagten vorliegenden Verdacht zu ver-stärken. Es war also in der That ein neuer und zwar recht be-deutungsvoller Verdachtsgrund vorhanden, der, wie den militä-rischen Vorgesetzten zur vorläufigen Wiederfestnahme, so namentlich nach § 179 den höheren Gerichtsherrn zum Erlaß eines neuen Haftbefehls vollumfänglich berechtigte.

Herr Roman übertrifft sich hier selber. Als „neuer Verdachts-grund“ wird von ihm eine angebliche Feststellung aus der — Hauptverhandlung angeführt, eine Feststellung, die also be-reit dem freisprechenden Urteil zu Grunde lag. Daß aber eine bereits in einer Verhandlung gewürdigte Behauptung niemals den Begriff einer neuen Thatfache erfüllt, das weiß jeder Laie. Daß ein Jurist, wenn auch nur ein militärgerichtlicher, das nicht weiß, sagt in Erfahren. Es ist natürlich ganz gleichgültig, ob diese in der Verhandlung erster Instanz zur Sprache gekommene Einzelheit dem Gerichtsherrn vor dieser Verhandlung bereits be-kannt war oder nicht. Wenn die Neuheit des Verdachtsgrundes darin bestehen soll, daß er dem Gerichtsherrn „neu“ war, bevor er in der Verhandlung erwähnt wurde, dann kann schließlich alles, was in der ersten Instanz erörtert worden ist und zu dem freisprechenden Urteil führte, als neuer Verdachtsgrund erscheinen, bloß weil es dem Gerichtsherrn „neu“ war zu vernehmen. Daß Herr Roman mit seiner Beweisthatsache die elementarsten Ein-sichten in allgemein feststehende Rechtsbegriffe verlegt, erklärt sich vielleicht daraus, daß in dem Milieu der Militärtribunale auch der vor-schriftsmäßig einer juristischen Fachausbildung unterworfen gewesene ehemalige Staatsanwalt die Strenge begrifflichen Denkens verlernt. Daß übrigens Roman „neuer Verdachtsgrund“ all-gemein als halbes erklärt wird, geht schon daraus hervor, daß ein Scharfmachergewand zwar aus seinem Artikel die Behauptung ab-druckt, daß ein neuer Verdachtsgrund vorliegen solle, sich aber hütet, mitzuteilen, was dieser neue Verdachtsgrund sei.

Daß das Verfahren in jedem Ver-trakt rechtswidrig sei, das weiß in der „Deutschen Justizzeitung“ wie früher schon Professor Stenglein jetzt auch der Göttinger Privatdozent Höpfer nach, der schreibt:

„Unter den neuen Verdachtsgründen, die die Wieder-verhaftung rechtfertigen, sind solche neuen Gründe zu verstehen, die dafür sprechen, daß der Angeklagte der ihm zur Last gelegten That

schuldig sei, nicht aber etwa Gründe, die Fluchtverdacht oder Kollisionsverdacht oder („Verdachtsgründe“) ein Disziplinär-Interesse zu begründen geeignet sind. Es wäre absurd, wenn das Gesetz gegenüber dem erstinstanzlich freigesprochenen einen solchen Verdacht oder ein Disziplinärinteresse zur Verhängung der Untersuchungs-haft genügen ließe, während es im erstinstanzlichen Verfahren sich mit diesen Veranlassungsgründen nicht begnügt, sondern zur Verhängung macht, daß außerdem gegen den Angeklagten „dringende Verdachtsgründe“ vorliegen, das heißt, wie auch v. Koppmann nicht bestreitet, Gründe für die Schuld des Angeklagten.“ —

Zum Leipziger Bankrott. Die Kammergarnspinnerei von Neumarkt in Gera hat infolge des Leipziger Bankrotts den Konkurs angemeldet.

Ueber die Mordthat eines adeligen Agrariers und Mit-meisters a. D. wird uns vom 14. Juli aus Pöhringen ge-schrieben: Auf dem Gute Oberweiler bei Saaburg haust seit einiger Zeit der Besitzer, Baron v. Stietzenron, in einer Weise, die längst die Behörden zum Einschreiten hätte veranlassen sollen. Der Herr Baron gilt, wie die Blätter übereinstimmend berichten, wegen seines Geisteszustandes in der ganzen Gegend für gemeingefährlich, und das mit Recht, da er sich bereits einmal in einer Neben-berufsstelle befunden hat. Doch auch jetzt noch hat er besondere, nicht gerade ungeschickliche Liebhaberinnen. So verbieth er jedem, sein Gut zu betreten, und hat schon öfters mit Schießsen gedroht. Gestern morgen nun hat er seine Drohung auch aus-geführt. Er kam nämlich um 6 Uhr zu den italienischen Arbeitern, welche an den Wasserleitungsarbeiten der drei Gemeinden Hochwald, Pruderdorf und Niederweiler beschäftigt sind, und gerade auf dem Gute des Barons, das derselbe vor einigen Jahren gekauft hatte, einen Graben auswarf. In reinem Blott, das von keinem Bewohner der hiesigen Gegend, noch viel weniger aber von Italienern verstanden werden kann, forderte er diese auf, ihre Arbeit einzustellen. Als nun die Männer nicht sogleich gehorchten, rief er das Gewehr, das er bei sich führte, an die Wange und schoß einen Arbeiter, einen jungen Mann von 24 Jahren, nieder. Zum zweiten mal drückte er sein Gewehr ab und traf einen zweiten, den die Angel zwischen Schulter und Lunge traf und erheblich ver-letzte. Hierauf eilten die übrigen die Flucht, denn der edle Herr war bereits daran, wieder zu laden. Die Gendarmerte von Saaburg wurde benachrichtigt und nahm den Mörder fest. Ueber den Gewaltthat selber, der schon längst vorangesehen war, wundert man sich in der Gegend nicht so sehr, als darüber, daß dem Manne die Erlaubnis zum Waffentragen nicht schon längst entzogen worden ist. Die Entrüstung der Bevölkerung wendet sich deshalb auch gegen die Behörde, der der Vorwurf nicht erspart werden kann, daß sie gegen den adligen Grundbesitzer nicht aufzutreten wagte. Als Mit-meister a. D. untersteht der Herr Baron übrigens der Militär-gerichtsbarkeit. —

Und sie schreien!

Aus München wird uns, in Ergänzung der bereits von uns erwähnten Verhandlungen des Landwirtschaftsrates geschrieben:

In einer der letzten Sitzungen des bayerischen Landwirtschafts-rates, einer offiziellen Körper-schaft, sind unsere bayerischen Agrarier gehörig über die Minister, besonders über Herrn v. Riedel her-gefallen. Trotzdem über die bekannte Ministerkonferenz in Berlin allen Beteiligten Stillhaltebefehle auferlegt wurde, scheint doch einiges aus den Beratungen durchgeschleiert zu sein. Und was die Herren Agrarier da erfahren, war wohl ein wenig gar nicht nach ihrem Geschmack. Denn der Reichsrat Herr v. Soden, ein Ministerkandidat des Centrums, unternahm einen so heftigen Angriff gegen den bayerischen Minister des Innern und der Finanzen, wie etwas Ähnliches bisher im Land-wirtschaftsrat noch nicht vorgekommen ist. Der Vertreter der Re-gierung, Oberregierungsrat Brettreich, gab darauf die bestimmte Versicherung ab, die Regierung sei nicht für eine Erniedrigung, sondern für eine angemessene Erhöhung der Zölle eingetreten. Und weiterhin versicherte er sich zu dem interessanten Zugeständnis, die bayerische Regierung sei befreit, die Erhöhung der Zölle so weit zu treiben, als möglich! In einen gewissen Gegensatz zu diesen Versicherungen setzte sich Ministerial-direktor Dr. v. Haag, der betonte, die bayerische Landwirtschaft sei recht wohl in der Lage, ihre Ertragnisse noch wesentlich zu steigern.

Besonders erobst sind die Herren Agrarier, weil die bayerische Regierung mit Rücksicht auf die Brauindustrie angeblich für keine Erhöhung des Bierzollses zu haben ist. Der bayerische Brauer-bund hat aber für den Fall einer Zollerhöhung auch eine Erhöhung der Bierpreise angefordert und die Minister wissen ganz genau, daß das das sicherste Mittel ist, um die Bayern rabiat zu machen. Bei den verschiedenen, in früheren Jahren aus ähnlichen Anlässen entstandenen sogenannten Bierkrawallen hat sich sogar die L. b. Leibgarde der Partisanen auf Seite der „Revolutionären“ an den Ereignissen beteiligt. Die Agrarier kümmern sich aber um diese Quantitäten gar nicht und der konservative Landtagsabgeordnete v. Cech meinte, wenn beim neuen Zolltarif die Hoffnungen der Land-wirtschaft nicht erfüllt werden, könne man mit Recht sagen, die Republik Frankreich schicke ihre Bananen mehr, als die Monarchie in Deutschland. Herr v. Thüngen, Thüngen span den Gedanken weiter und gab der Regierung zu verstehen, es handle sich für sie einfach um die Stärkung des monarchischen Princips!

Die Herren arbeiten also genau nach den Rezepten des preussischen Junkertums. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Opfer einer Soldatenmißhandlung. Budapest, 14. Juli. Der vom Aradauer Kriegsgericht wegen thätlichen Angriffs auf den Wachmeister Sabados zum Tode verurteilte Husar Matzund wurde begnadigt, indem die Todesstrafe in 1 1/2jährige Kerkerhaft umgewandelt wurde. Der Grund für diese Begnadigung ist die unermessliche Be-handlung, welche der Wachmeister gegen seine Unter-gewebenen anwandte. Dieser wurde nunmehr begnadigt und zu acht Monaten Kerker verurteilt. —

Demonstration für die Sonntagruhe. In Brunn ver-anstalteten am Sonntag eine Anzahl Handelsangestellter zu Gunsten der Sonntagruhe eine große Straßendemonstration. Sie zogen vor das Regierungsgebäude, wo ein Zusammenstoß mit der Polizei stattfand. Ein Demonstrant erhielt einen Schädelhieb über den Kopf. —

Frankreich.

Das Nationalfest, das am Sonntag stattfand, nahm den traditionellen Verlauf. In den Straßen bewegte sich eine außer-ordentlich große Menschenmenge. Gegen 5 Uhr nachmittags ereignete sich ein Zwischenfall in der Rue Pöat. Aus dem Fenster eines dort gelegenen Hauses wurde ein Revolvergeschuß ab-geschossen, durch welchen eine Frau schwer verletzt wurde. Im übrigen verlief der Tag ohne Aufregung. Im ganzen wurden während des Tages 14 Verhaftungen vorgenommen.

Nach der üblichen Truppenchau richtete Präsident Loubet an den Kriegsminister André folgendes Schreiben: Die Truppenbau, welcher wir fordern behaupten haben, war eine glänzende Befestigung der Fortschritte, welche die Ausbildung des Heeres jeden Tag macht. Diese Fortschritte danken wir der erlauch-ten Fürsorge der Vorgesetzten, dem notwendigen Vertrauen der Soldaten und der gemeinsamen Liebe zum Vaterlande, die beide verbindet und begeistert. Wir haben die Gewißheit, daß dieses bewundernswürdige Heer durch seine Stärke und seine Disziplin die sicherste Gewähr bietet für die Verteilung unserer Ehre und unserer Interessen. Jedes Jahr jubelt die Bevölkerung von Paris den Regimentern zu, über die zu einer Stunde die Parade abgenommen werden ist, wo in allen Garnisonen Frankreichs unsere Fahne und unsere Soldaten mit demselben Vertrauen und

mit demselben glühenden Patriotismus begrüßt werden. In China sind unsere nationalen Farben mit Würde und Ehre getragen worden, und wenn unsere Truppen die einmütige Achtung der Fremden erworben haben, so geschah dies durch die Energie, die Klugheit und den Patriotismus derer, welche die französische Republik im fernem Osten vertraten. Ich empfinde eine innige Freude, dies feststellen zu können. Die Armee ist getragen von dem Vertrauen und der Liebe des Landes. Diese innige Verbindung zwischen Armee und Nation wird der Armee eine unüberwindliche Kraft in der Verteidigung des Vaterlandes und der Republik verleihen. Ich bitte Sie, dem Militär-Gouverneur von Paris und der Armee meine wärmsten Glückwünsche und die der französischen Regierung auszusprechen zu wollen.

Als auch Frankreichs Truppen haben sich nach der Ansicht der Regierung in China die „allgemeine Achtung“ erworben, obwohl sie gepöbelt und nach der offiziellen Begrüßungsrede des Generals Megerle den Krieg nach offizieller Manier geführt haben. Da jede Regierung diese schmeichelhafte Heberzeugung von ihren Truppen hegen wird, sind also Himmeln in China überhaupt nicht begegangen worden.

Spanien.

Ignelias protestiert gegen die anarchistische Ausscherei. Ein Herold-Telegramm meldet aus Madrid vom 15. Juli: Gestern Abend fand hier ein Socialistenmeeting statt; zahlreiche Redner protestierten gegen die Haltung der Behörden der Provinzen Coruna und Sevilla; sie bekräftigten eine Revolution, welcher Vorschlag von dem Socialistenführer Ignelias jedoch verworfen wurde.

Die zur Revolution auffordernden Redner dürften jedenfalls Anarchisten gewesen sein, da die socialistische Arbeiterpartei Spaniens von aller ausschließlichen Revolutionsmacherei längst nichts mehr wissen will.

Affien.

Englisch-türkischer Konflikt. Das Deutsche Bureau meldet aus Athen: Eine 500 Mann starke, aus englischen und indischen Truppen zusammengesetzte Abteilung, marschiert von hier morgen nach einem etwa 70 Meilen von der Küste entfernten Punkte im Innern ab, um ein Fort zu zerstören, das von Türken in dem Gebiete der Hauschadis, welche unter englischem Protektorat stehen, errichtet worden ist. Da die Hauschadis nicht imstande sind, das Fort in Besitz zu bekommen, so hat die indische Regierung diese Expedition gebilligt und hofft, daß eine unblutige Demonstration ausreichen werde. Andernfalls würde das Fort mit Gewalt genommen und geschleift werden.

Äfrika.

Max Regis provoziert Skandal. In der Sonnabend-Sitzung des Generalrats in Algerien kam es zu großen Tumulten und heftigen Zusammenstößen, weil Max Regis den Präsidenten beschuldigte, mehrere Individuen bewaffnet zu haben, um antisemitische Personen in Algerien vor ihnen beiseite schaffen zu lassen. Die Sitzung mußte schließlich aufgelöst werden.

Amerika.

Der Wert der Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten im vergangenen Jahre weist eine Zunahme von 93000000 Dollar gegen das Vorjahr auf.

Der Boeren-Krieg.

Immer skandalöser

Scheint die Kriegführung der Engländer in Südafrika werden zu sollen. Die „Gefangennahme“ der Gattin des stellvertretenden Präsidenten Schall Burger haben wir bereits in der Sonntags-Nummer gemeldet. Sie ist nach einer Depesche Ritzeners nach Pretoria gebracht worden. Die Verhaftung soll erfolgt sein, weil die Frau „die Bevölkerung gegen die britische Verwaltung aufgewiegelt“ haben soll. Die Lage der Engländer muß trostlos sein, daß sie sich vor einer solchen Aufwiegelung fürchten und durch die Verhaftung einer schuldlosen Frau vor aller Welt blamieren müssen. Freilich ist die Gattin Schall Burgers ja nicht die erste Frau, die von den Skatikhelden als „Gefangene“ eingebracht wird. Aber dieser neue schamlose Gewaltstreik lenkt wieder einmal alle Augen auf die Art, wie England den „Krieg“ gegen die Handvoll unverzagter Männer führt. Wahrscheinlich waren es auch weniger die Aufwiegelungsverläufe der Frau, die zu ihrer Verhaftung Anlaß gaben, als vielmehr getriebene Hoffnungen, durch feilsche Torturen die Führer des Widerstandes nützlich zu machen. Denn eine Verhütung ist es für die im Felde stehenden Boeren wahrhaftig nicht, ihre Angehörigen in der Gefangenschaft ihrer Feinde zu wissen. Waren sie auf ihren des männlichen Schutzes beraubten Familien auch aller Willkür der englischen Soldateska und der aufgebeugten Kaffernbevölkerung preisgegeben, so bedürfen sie in den Lagern, in denen man sie zusammengepfercht hat, in Gestalt epidemischer Krankheiten nicht minder große Gefahren. „Daily News“ veröffentlicht erst jetzt wieder den Brief einer Krankenpflegerin aus einem der Konzentrationslager, worin mitgeteilt wird, daß die Zustände in den Lagern außerst traurige seien. Die Nahrungsmittel seien unzureichend, die Zahl der Todesfälle sei ungeheuer groß.

Aber man denkt den Krieg mit noch brutaleren Mitteln zu führen. Da man durch kriegerische Operationen nichts rechtes gegen den beweglichen Feind anrichten kann, glaubt man jetzt mit Senen und Brennen und Säsiladen gefangener „Rebellen“ weiter kommen zu können.

Die „Frankf. Zig.“ läßt sich aus London telegraphieren: Ein hiesiges Wochenblatt erzählt:

„Im Ministerrat wurde am Mittwoch die Ergreifung energischer Maßregeln zu einer schnelleren Beendigung des Boerenkrieges beschlossen. Lord Ritzener wurde instruiert, eine Proklamation zu erlassen, die alle Klassen von Bürgern und alle Rebellen warnen, daß, falls sie nicht sofort die Waffen niederlegen, ihr Eigentum konfiszieren würde. Gleichzeitig wurde beschlossen, Lord Ritzeners Machbefugnisse dahin zu ergänzen, daß er die Boerenführer für ihr Mißverhalten verantwortlich halten solle, und daß, wo nach einem unparteiischen Prozeß ein Todesurteil gefällt worden sei, er dieses ohne weitere Zurückziehung der Regierung vollstrecken lassen könne.“

Ein „Rebell“ ist denn auch bereits standrechtlich hingerichtet worden. Nach einer Meldung aus Cradock wurde dort am Sonnabend der Rebell Coeze wegen Mordes und Verrats hingerichtet. Das war wohl das Exemplar wegen Hinrichtungen wegen „Mordes“ sollen nach dem neuen Kriegsplan also folgen. Als Wort sieht man es wahrscheinlich an, wenn ein „Rebell“, ein holländischer, einen englischen Soldaten im regulären Kampfe niederstreckt. Und allen denen, die nicht sofort die Waffen strecken, sollen ihre Familien konfiszieren werden!

Ob diese allem Kriegsgreife hochsprühenden Brutalitäten früher ihren Zweck erreichen werden? „Daily Mail“ berichtet aus Brüssel: In der Transvaal-Gesandtschaft sei man überzeugt, daß wenn englische Bewundete von Boeren getötet worden seien, dies aus Rache für die Behandlung geschehen sei, welche den Boerenkriegen und Kindern zu Teil werde. Auf der Gesandtschaft sagte man noch hinzu, Wotha werde Befehl geben, sämtliche englische Gefangenen zu erschließen, falls die Engländer fortfahren, holländische Aufständische zum Tode zu verurteilen.

Wird Wotha diese Drohung auch weder wörtlich ausführen können noch wollen, so muß doch durch das englische Vorgehen eine Vergiftung und Verrohung der Kompfweise eintreten, wie das im letzten Jahrhundert zwischen civilisierten Völkern unersöhlt war.

Die Engländer sind übrigens endlich wieder einmal in der Lage, zwei wirkliche Siege zu melden, einen bei Reij, den andern bei Camp de Boo. Die Siegesdepeschen lauten:

Pretoria, 13. Juli: In der Kapkolonie brannten Boeren öffentliche Gebäude in Murraysberg und einige Formen nieder. Zwei britische Kolonnen sind in Jeurust angekommen, nachdem sie auf Widerstand gestoßen waren und einige Gefangene gemacht hatten. Auf unserer Seite ist ein Offizier gefallen, drei Offiziere und 24 Mann wurden verwundet. Einige britische Kolonnen sind von Osten marschierend in Heilbron angekommen. Während des Vorstoßes überraschte die Brigade Broadwoods den Ort Reij und nahm einen Bruder Steyns sowie mehrere Andre gefangen. Steyn selbst entkam. Eine andre Depesche des Generals Ritzener vom 14. Juli besagt: Mit Bezug auf mein gestriges Telegramm füge ich hinzu, daß die sogenannte Regierung des Orange-Freistaats gefangen genommen wurde. Nur Steyn und ein Andre entkamen.

Der „Daily News“ wird aus Bloemfontein vom 14. Juli gemeldet: Broadwood machte in Reij 20 Gefangene, darunter befinden sich die Boerengenerale Clouwe und Bessels, sowie der Kommandant Dwaal. Man glaubt, daß De Weijch auch in Reij gefangen.

Grasfontein, 14. Juli: Der Angriff von vier Kolonnen auf Camp de Boo war schon seit 14 Tagen geplant. Die Kolonnen machten Scheinbewegungen nach verschiedenen Richtungen bis zum entscheidenden Augenblick, wo Oberst Scobel, der den Angriff leitete, berittene Skatruppen detachierte, und ihnen den Befehl erteilte, die feindliche Stellung von Osten her anzugreifen, während er selbst mit Lanzkavaliern und Jeomanry die Stellung im Westen umgingelte. Schepers entkam auf Eilmärschen mit dem Haupttruppenkörper, aber Scobel nahm das Lager der Boeren, erbeutete 56 Pferde, 25 Gewehre, Munition und Vorräte und nahm 25 Mann gefangen. Die Engländer hatten keine Verluste. Wie sich herausstellte, sind fast alle Gefangene Rebellen. Schepers Adjutant Liebenberg und Lieutenant Lyb befinden sich unter den Gefangenen.

Auch diese „Siege“ werden trotz der Gefangenmachte einiger bekannter Boerengenerale das Kriegsende natürlich ebenso wenig beschleunigen, wie die früheren „Siege“. Ritzener verlangt vielmehr neue Truppen. Er kleidet diesen seinen Wunsch allerdings in eine überaus originelle Form.

Wie die „Daily News“ nämlich erfährt, hat General Ritzener der Regierung mitgeteilt, daß nach seiner Ansicht jetzt eine große Zahl der in Südafrika stehenden Infanterie-Regimenter zurückgezogen werden könnten. Gleichzeitig verlangte Ritzener, daß ihm an Stelle dieser Infanterie-Truppen eine große Zahl berittener Mannschaften zur Verfügung gestellt werde. Die „Daily News“ weiter erfährt, falls die Zurückziehung der Infanterie beschlossen werden sollte, die Regierung eine Konzentrierung der britischen Truppen zwischen Durban, Richardsburg und Johannesburg planen. Es würde in diesem Falle nicht länger nötig sein, die ganze Linie zwischen Kapstadt und Pretoria besetzt zu halten.

Ritzener verlangt also zum xtenmal neue Verstärkungen, wofür er großmütigerweise die verbrauchten Mannschaften zurücksenden will!

London, 15. Juli. (W. T. B.) General Ritzener telegraphiert aus Pretoria: Seit dem 8. d. M. sind von den verschiedenen englischen Truppenabteilungen 92 Boeren getötet, 84 verwundet und 807 gefangen genommen worden; 140 Boeten haben sich ergeben. Erbeutet wurden 218 Gewehre, 15 870 Patronen, 445 Wagen, 4825 Pferde und viel Vieh.

Partei-Nachrichten.

Das neue Organisationsstatut in der Praxis.

Von den Parteigenossen in Hamburg ist bekanntlich der Antrag gestellt worden, eine Anzahl Accordanten, die vom Centralverbande der Maurer als Streikbrecher bezeichnet werden, aus der Partei auszuschließen. Für das dabei zu beobachtende Verfahren kommen die Bestimmungen in § 2 des auf dem Parteitage in Mainz 1900 beschlossenen neuen Statuts in Betracht, welche lauten:

„Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Die Hälfte der Mitglieder wird von demjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andre Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Betroffenen die Berufung an die Kontrollkommission und den Parteitag zu.“

Nachdem dem Vorstande der Antrag aus Hamburg zugegangen war, erließ er im „Hamburger Echo“ eine Bekanntmachung, worin er von dem Antrage Mitteilung macht, auf die folgenden citierte Bestimmung des Parteistatuts hinweist und dann sagt:

„Die stillschweigende Voraussetzung für das Inkrafttreten dieser Bestimmungen ist natürlich die, daß die von dem Ausschlußantrag Betroffenen Widerspruch in irgend einer Form erheben. Wo das nicht geschieht, liegt die Vermutung nahe, daß sich die Betroffenen bei dem Antrage beruhigen und auf ihr Recht, die Angelegenheit vor einem Schiedsgericht, in das sie selbst ihre Vertreter delegieren können, präjudizieren, verzichten. Die daraus sich ergebenden Konsequenzen liegen auf der Hand.“

Der Parteivorstand kann im bestehenden Falle die vom Antrag Betroffenen nicht auffordern, Vertreter für das Schiedsgericht in Vorschlag zu bringen, da weder die einzelnen, vom Antrag Betroffenen, noch eine von diesen gewählte Vertretung sich bisher kenntlich machte.

Der Parteivorstand richtet deshalb an diejenigen in Frage kommenden Genossen, die sich bei dem Antrage auf ihren Ausschluß nicht beruhigen und auf eine Entscheidung durch ein Schiedsgericht nicht verzichten wollen, das Ersuchen, sich innerhalb acht Tagen, also bis spätestens Sonntag, 14. Juli, beim Parteisekretariat: Berlin SW., Kreuzbergstr. 30, zu melden.“

Diese Interpretation der neuen Vorschriften deckt zunächst ihre Mangelhaftigkeit auf. Die Möglichkeit, jemand aus der Partei auszuschließen, ist abhängig geworden von dem guten Willen dessen, der ausgeschlossen werden soll. Das Schiedsgericht kann nicht zu stände kommen, wenn derjenige, gegen den ein Ausschlußantrag vorliegt, keine Schiedsrichter ernannt. Keine Bestimmung des Statuts trifft für diesen Fall Vorsorge. Weder ist bestimmt, daß die unterlassene Ernennung durch den Vorstand ergänzt werden kann, noch ist bestimmt, daß das Schiedsgericht auch gültig verhandeln und beschließen kann, ohne die Vertreter des Angeklagten, wenn dieser es unterläßt, in bestimmter Frist solche zu ernennen. Wenn das Schiedsgericht nicht zu stände kommt, kann auch kein Ausschlußbeschluss zu stände kommen.

Deshalb interpretiert der Vorstand jetzt die Bestimmung in einer Weise, die niemand anerkennen braucht und die auch seinen eigenen ursprünglichen Absichten widerspricht. Er sagt, wer keine Schiedsrichter ernannt, von dem ist zu vermuten, daß er sich bei dem Ausschlußantrag beruhigt und auf sein Recht, die Angelegenheit vor einem Schiedsgericht prüfen zu lassen, verzichtet. Das heißt wohl, daß ein solcher sich als ausgeschlossen betrachtet auf Grund des Ausschlußantrages. Mit Verlaub! Er kann auch anders denken! Zunächst ist das Schiedsgericht gar nicht aufzufassen als ein Recht eines Beschuldigten, vor das er seine Angelegenheiten nach Belieben bringen oder nicht bringen kann; es ist vielmehr die einzige Instanz, die einen Ausschluß vornehmen kann, und da wird in der Regel das größere Interesse an der Sache auf Seite der Partei und nicht auf der des

*) Im vorliegenden Falle sind die Schiedsrichter ernannt worden und das Schiedsgericht tagte bereits am Montag. Für diese Erörterung ist das jedoch belanglos.

Beschuldigten sein. Daß sich jemand als ausgeschlossen betrachtet, muß auf Grund eines Ausschlußantrages, wenn er keine Schiedsrichter ernannt, davon sieht nichts im Statut. Dadurch würde auch der Zustand wieder eingeführt, den der Vorstand durch die neue Fassung des Statuts beseitigen wollte, es würde die Entscheidung wieder in die Hände der örtlichen Organisationen gelegt. Dieser Zustand war formell weit weniger mangelhaft wie der jetzige; wenn die Partei es für nötig hielt, jemand aus ihren Reihen zu entfernen, so konnte sie das thun durch Organe, deren Dasein nicht abhängig war von dem guten Willen dessen, der ausgeschlossen werden sollte.

Allerdings hatte das auch seine Mängel. Genosse Kuer hat es in Mainz ausgesprochen, daß fast alle Ausschüsse, die bisher örtlich erfolgten, den Beiseigmad der Zänkerie und Eifersüchtelei gehabt hätten. Wenn der Vorstand jetzt einem Ausschlußantrage dieselbe Bedeutung beilegt wie dem früheren Ausschlußbeschlusse, so ist das Hofe wie Jade, denn als endgültig braucht den Beschluß früher auch niemand anzuerkennen; er konnte die Parteileitung und danach den Parteitag anrufen.

Aber die Auffassung des Parteivorstands braucht niemand zu teilen. Angenommen, es wird der Ausschluß eines Parteigenossen von der örtlichen Organisation beantragt und der Betroffene ernannt keine Schiedsrichter. Gründe dafür kann es viele geben. Er wechselt seinen Wohnort und die Parteigenossen an dem andren Ort sind der Meinung, daß die Gründe, die für den Ausschlußantrag maßgebend gewesen, den Ausschluß keineswegs rechtfertigen — und solche ausserandergehende Auffassungen sind gerade in dem Hamburger Falle sehr wahrscheinlich und sie stellen sich ferner auf den Standpunkt, daß der Betroffene noch immer Parteigenosse ist, weil ihn die allein berufene Instanz, nämlich das Schiedsgericht, ja nicht ausgeschlossen hat. Keine Bestimmung des Statuts böte die Handhabe, dieser örtlichen Organisation vorzuschreiben, den Mann nicht mehr als Parteigenossen zu behandeln.

Oder will man der Parteivorstand verlangen, der Mann dürfe an seinem neuen Wohnort nicht mehr als Parteigenosse betrachtet werden? Bei dem Vorschlage, die Ausschlußvorschriften zu ändern, ist ja der Vorstand vornehmlich von dem Gedanken geleitet worden, daß er sowohl wie die ganze Partei machtlos war gegen eine örtliche Partei-Organisation, daß gegen deren Willen niemand ausgeschlossen werden konnte. Durch die neuen Vorschriften ist aber an diesem Zustand nichts gebessert, denn der Vorstand kann auch nichts weiter thun, wie bei dem Schiedsgericht den Ausschluß beantragen und dann gilt für den Antrag alles das, was für einen solchen Antrag seitens einer örtlichen Parteiorganisation gilt: Wenn der Beschuldigte nicht will, kommt kein Schiedsgericht und kein Beschluß auf Ausschließung zu stände. Und daß gerade in dem Fall, der dem Vorstand als Beispiel vorgeschwebt hat, solche formale Mängel benutzt worden wären, das wird nicht bestritten werden.

Durch die neuen Vorschriften ist also nichts gebessert worden: Der Vorstand und die Gesamtpartei hat gegenüber einer örtlichen Parteiorganisation heute nicht mehr Rechte wie früher. Wohl aber ist der frühere Zustand verschlechtert worden: heute kann auch eine örtliche Parteiorganisation keinen Ausschluß mehr herbeiführen, wenn der Beschuldigte renitent von den formalen Mängeln des Statuts Gebrauch macht.

Es ist ganz berechtigt, daß ein so folgenschwerer Beschluß wie der Ausschluß aus der Partei nach Möglichkeit der Epäre lokaler Eifersüchteleien entrückt wird und es ist ebenso berechtigt, diese Entscheidung nicht gänzlich von dem Willen einer örtlichen Organisation abhängig zu machen; nach beiden Richtungen ist die jetzt geschaffene Einrichtung ganz praktisch. Man muß nur Vorsorge treffen, daß das zur Entscheidung berufene Organ auch ohne den guten Willen des Beschuldigten zu stände kommen, verhandeln und Beschlüsse fassen kann.

Partei-Pressen. Für die Parteigenossen des oberen sächsischen Erzgebirges und des Vogtlandes ergaben sich seit Jahren mächtigste Differenzen aus der Thatsache, daß neben dem in Jwidau erscheinenden, in Parteiregie hergestellten „Sächsischen Volksblatt“ auch in Falkenstein ein Parteiblatt erschien, das von Genossen Hans Künzel redigiert wurde und diesem auch gehörte. Genosse Künzel ist nun vor einiger Zeit gestorben und seine Erben haben das Blatt jetzt zu einem parteilosen Lokalblatt umgewandelt. Daraus ergibt sich nun ganz von selbst, daß auch für die Parteigenossen des oberen Vogtlandes nur noch das „Sächsische Volksblatt“ in Jwidau als Parteiblatt in Frage kommt.

Socialdemokratischen Schulvorstehern hat die Regierung in Rünzburg abernals die Bestätigung versagt. Nachdem in Celle den zu Schulvorstehern gewählten Genossen Riffelhorn und Wichtendahl die Bestätigung versagt worden und dagegen aus der Kultusminister vergeblich angerufen worden war, wurden im März d. J. abernals zwei Genossen, Stabe und Rose zu Schulvorstehern gewählt und auch diesen ist die Bestätigung versagt worden. Ebenso merkwürdig wie bei dem nicht bestätigten Genossen Riffelhorn ist auch bei Stabe der Umstand, daß er schon 18 Jahre lang Schulvorsteher gewesen ist und daß ihm selbst der Vorsitzende des Schulvorstandes, der Pastor Kreiler, unter Zustimmung aller Anwesenden den Dank des Schulvorstandes für seine selbstlose Thätigkeit aussprach. Dazu kommt, daß Stabe, wie in der „Weserzeitung“ mitgeteilt ist, ein Christ ist und die Kirche besucht. Auch drei seiner Schöhen sind Lehrer. Man fragt sich unter diesen Umständen vergebens, welche stichhaltigen Gründe jetzt für die Nichtbestätigung vorhanden sein sollen.

Parteigenossen, die zu militärischen Übungen eingezogen werden, möge ein Vorkauf in Kiel zur Warnung dienen. Dort mußte ein Reservist nach Beendigung der Übung noch 5 Tage Arrest verbüßen, weil er einige Cigarren, die er sich bei Beginn der Übung mitgenommen hatte, in die „Schleswig-holsteinische Volkszeitung“ eingeschlagen hatte. Er hatte gewiß nicht die Absicht, gegen den militärischen Befehl, der die Einschließung socialdemokratischer Schichten verbietet, zu verstoßen, er hatte nur verumtlich kein andres Einwickelpapier; trotzdem muß er fünf weitere Tage Arbeitsverdienst verlieren.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Schmelde in Rixdorf und Orly haben ihren Streit mit einem vollständigen Siege der daran beteiligten Gesellen beendet. Sämtliche Forderungen sind bewilligt worden.

In der Tabakfabrik von Paul Juhl in Pantow sind am Sonnabend sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen — etwa 100 an der Zahl — ohne Angabe eines Grundes entlassen worden. Man nimmt an, daß es sich um eine Ausperrung handelt, durch die ein Druck ausgeübt werden soll auf die fünf Sortierer, die, wie bereits gemeldet, in der vorigen Woche wegen Zurückweisung ihrer Forderungen die Arbeit eingestellt haben.

Maßregelung organisierter Arbeiter. Uns wird geschrieben: In der chemischen Fabrik vormals E. Schering besteht eine Anstaltsliste, zu der die Arbeiter 1/2 Proz. ihres Lohns als Beitrag zahlen müssen. Witzreden haben die Arbeiter bei der Verwaltung der Kasse fast gar nicht. Im Vorstand der Kasse saßen bisher nur Meister und Vorarbeiter, die für ihre Mitverwaltung auch eine Entschädigung erhielten. Bei der letzten Vorstandswahl besetzten nun die Arbeiter die Kassen der Revisionen und Prüfer aus ihrer Mitte. Selbstverständlich wählen sie hierzu solche Kollegen, von denen sie wußten, daß sie die Interessen der beitragszahlenden Arbeiter vertreten würden, was aber der Fabrikleitung durchaus nicht genehm war. Sie machte deshalb kurzen Prozeß und entließ den zum Revisor gewählten Arbeiter, der auch ein Vorstandsamt in der Gewerkschaft bekleidet und der 12 Jahre in der Fabrik thätig gewesen war. Als Entlassungsgrund wurde Arbeitsmangel angegeben. Die Arbeiter glaubten annehmen zu müssen, daß noch

26 organisierte Kollegen gemahregelt werden sollten, sie beschließen deshalb, wenn weitere Entlassungen folgen sollten, gemeinsam die Arbeit niederzulegen. Es wurden nunmehr keine weiteren Maßnahmen vorgenommen. An Stelle des gemahregelten A. mußte eine Ersatzwahl vorgenommen werden. Es war bekannt geworden, daß der Arbeiter A. hierzu aussersehen war. Dieser wurde einen Tag vor der Wahl ebenfalls entlassen. Nachdem die Arbeiter wieder einen Mann ihres Vertrauens gewählt hatten, machte die Direktion bekannt, daß sie für Entschädigung der Revisoren und Beisitzer keine Gelder mehr auswerfe. Ein Kupferschmied, der für die Wahl der Arbeiterkandidaten agitiert hatte, wurde als dritter entlassen.

Deutsches Reich.

Zum Kampf der Glasarbeiter. Der Vorstand des Verbandes der Glasarbeiter hat an die Brauereien, Weinhandlungen und Groß-Destillationen ein Schreiben verfaßt, worin die Ursachen des gegenwärtigen Streiks in Wienburg und Schauenstein kurz dargelegt werden. Ferner wird darauf hingewiesen, daß laut Beschluß der Organisation am 27. Juli der Generalstreik der Flaschenmacher eintritt. Dann fährt das Schriftstück fort: „An diesem Tage werden also ca. 7000 Flaschenarbeiter wegen Anerkennung des Vereinigungsrechts die Arbeit verweigern. Die Folge wird sein, daß die Brauereien usw. keine Flaschen mehr erhalten werden. Es wird also ein Zustand eintreten, der für die betreffenden Industriezweige ganz bedeutende Folgen haben kann.“

Unterzeichnete Organisation tritt deshalb mit folgender Bitte an Eu. Wohlgeboren heran:

1. Den Herren Glasindustriellen zu erklären, daß die Verweigerung des Koalitionsrechts den Glasarbeitern gegenüber ein Akt der größten Ungerechtigkeit ist.
2. Dahin zu wirken, daß durch den ökonomischen Druck die Glasindustriellen gezwungen werden, das verlangte Recht den Arbeitern zu gewähren.

Wir fordern nicht zu viel, wir fordern einzig und allein das Recht, was jedem Arbeiter gesetzlich zusteht. Nicht mehr an Lohn soll gezahlt werden, nicht bessere Einrichtungen sollen geschaffen werden, sondern einzig und allein das Koalitionsrecht soll uns gegeben werden.

In dem uns bedrohendem schweren Kampfe bitten wir die Abnehmer unserer Waren, soviel wie möglich dahin zu wirken, daß es nicht zu einer ArbeitsEinstellung kommt, sondern daß sämtliche Glasindustriellen durch den moralischen Druck der Abnehmer gezwungen werden, uns das Recht zu gewähren.

Gefangene als Streikbrecher. Die Kantabalfabrik von E. A. Kneiff in Nordhausen, die bis jetzt den übrigen Fabrikanten ausgetreten hat, läßt jetzt, nachdem 95 Proz. ihrer Arbeitskräfte sich mit den ausgesperrten solidarisch erklärt und gleichfalls die Arbeit eingestellt haben, ihre Kantabalfabrikate von den Anfassern des Landgerichts-Gefängnisses in Nordhausen anfertigen. Als Leiter und Meister der Anfertigung Kneiff'scher Kantabal-Mollen fungieren mehrere Werkführer und Kaufleute.

Da die Gefangenen sich nicht freiwillig zur Verrichtung von Streikbrecherarbeit anbieten können, so haben wir es hier also mit dem Eingreifen einer Behörde zu Gunsten der mit den Arbeitern im Kampf stehenden Fabrikanten zu thun, was um so mehr zu verurteilen ist, da die Nordhäuser Tabakarbeiter im wesentlichen einen Kampf für die Anerkennung eines gesetzlich gewährleisteten Rechts — des Koalitionsrechts — führen.

Die Färberei-Arbeiter in Crimmitschau sind in eine Lohnbewegung eingetreten. In einer dieser Tage abgehaltenen Versammlung wurde die Forderung eines Minimallohns von 16 M. pro Woche beschlossen, die auch bereits dem Fabrikantenverein unterbreitet wurde. Die Färberei-Arbeiter wollen der Forderung allen Nachdruck verleihen.

Christliche Vergarbeiter gemahregelt. Wieder wird ein Fall bekannt, welcher zeigt, daß den Unternehmern jede Art gewerkschaftlicher Tätigkeit ein Dorn im Auge ist, mag dieselbe nun im Sinne der modernen Arbeiterbewegung oder „auf christlicher Grundlage“ ausgeübt werden.

Bei der Aktiengesellschaft Maximilianshütte in Rosenburg (Oberpfalz) sind 7 Vergleute gemahregelt worden, weil sie dem Gewerksverein christlicher Vergleute angehören und für diesen gewirkt haben. Gleich bei Gründung der Zahlstelle des Gewerksvereins, so teilt die „Neue Bayer. Ztg.“ mit, wurde der Einberufer der Versammlung, ein Vergarbeiter, gemahregelt und von Seite der Werksleitung der Versuch gemacht, die Organisation zu verhindern. Dies ist nicht gelungen. Die Organisation war nicht aufzuhalten und der Gewerksverein zählt zu jetzt rund 400 Verg- und Hüttenarbeiter. Nun wird in der Zeit schlechten Geschäftsganges ein neuer Versuch gemacht, den Gewerksverein zu vernichten. Die Leute werden deshalb von der noblen Gesellschaft, die über 40 Proz. Dividende bezieht, auf die Straße geworfen. Dieses Vorgehen ist um so empörender, als es sich um Leute handelt, die Familienväter und viele Jahre im Geschäft sind, einer davon 21 Jahre, ein anderer 19 Jahre. Bei einem andern Vergarbeiter auf Grube Karolina, wurde die Kündigung zurückgenommen, da seine Kollegen auf Veranlassung ihres Austritts aus dem Gewerksverein erklärten. Die Erregung der Vergleute ist groß. Es wird wahrscheinlich zu einem Streik kommen.

Der Fall bei der Maximilianshütte ist noch um deswillen interessant, weil sehr hohe bayerische Persönlichkeiten zu den Aktionären dieses scharfmacherischen Unternehmens zählen.

Zu den Aufsichtsräten gehören die in München wohnenden Reichsrat Ritter Hugo v. Kassei, Ober-Maschineningenieur Ignaz Krämer und Banddirektor Dr. Keller (Südd. Boden-Kreditbank).

Ausland.

Ein Verband der Metallarbeiter der Vereinigten Staaten von Amerika — schreibt die „Deutsche Metallarb.“ Ztg. — scheint die erfreuliche Folge der Gründung des Eisenfabrikstreiks in Nordamerika zu sein. Nach einem Bericht des französischen Konsuls in Chicago, der in der zuletzt erschienenen Nummer des Bulletin de l'office du travail (Zeitschrift des französischen Arbeitsamts), unserer „Socialpolitischen Rundschau“ entsprechend) mitgeteilt ist, sollte am 1. Juli ein Kongreß der Metallarbeiter aller Branchen zusammenzutreten, um die Grundlagen für eine Föderation aller Metallarbeiter zu schaffen. Als der Bericht abgefaßt wurde, haben die Beschäftigten des Kongresses zugehört der internationalen Verband der Maschinenisten (50 000 Mitglieder), die Eisenarbeiter (60 000 Mitglieder), die Kesselschmiede und Schiffsbauer (40 000 Mitglieder), die Arbeiter in den elektrischen Industrien, die Gießmaschinenbauer, die Wiedharbeiter, die Metallpolierer, Schmiede und Modellenschreiner. Ohne ihre Organisationen aufzugeben, wollen sie einen engeren Aneinanderschluß derselben herbeiführen.

Zum amerikanischen Stahlarbeiterstreik wird aus New-York telegraphiert:

Der Streik verwarf das Ultimatum der streikenden Stahlarbeiter. Die Zahl der Streikenden beträgt ca. 100 000. Der Kernpunkt der Differenzen ist die Weigerung des Streiks, mit dem Arbeiterbund statt mit Einzelarbeitern zu verhandeln. Der Arbeiterbund ist eine sehr gefestigte Organisation, welche eine weitere Ausbreitung des Streiks verursachen dürfte.

Bom Kampf der Nordhäuser Kantabal-Arbeiter um ihre Koalitionsfreiheit.

Wie die Nordhäuser Tabakfabrikanten den Frieden mit ihren Arbeitern herbeizuführen gedenken, dafür ein vollständiger Beweis: Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission, der den Auftrag hatte, den von der Gewerkschaftskommission beschlossenen Boykott über die Nordhäuser Kantabal-Fabrikate durchzuführen, unternahm es, vor Einleitung der Schritte zum Boykott vermittelnd bei den Nordhäuser Fabrikanten vorstellig zu werden. Man hätte nun erwarten können,

daß dieselben diese ihnen zum Frieden dargebotene Hand mit Freuden ergreifen würden. Weit gefehlt. — Nach längerem Hin- und Herschreiben von beiden Seiten (wobei namentlich der Ausschuß der Gewerkschaftskommission praktische Vorschläge machte, welche einen friedlichen Ausgleich verbürgen konnten, erhielt der Ausschuß der Kommission in folgender Antwort ein Meisterstück des proghastigen Uebermutts:

Nordhausen, 1. Juli 1901.

Obgleich Ihre Zuschrift vom 27. Juni auch die entgegengelegte Auffassung zuläßt, legen wir sie doch dahin aus, daß Sie mit uns auf dem Standpunkt stehen, sämtliche Ausstände können nicht wieder eingestellt werden. Wir präzisieren denselben daher wie folgt: 1. Wir müssen fest darauf bestehen, die stehengebliebenen und neu angenommenen Arbeiter unter keinen Umständen zu entlassen, da wir denselben unser Wort verpfänden haben. 2. Wir sind jederzeit bereit, die sich freiwillig meldenden Ausständigen nach Bedarf und eigenem Ermessen anzunehmen, müssen aber eine nachträgliche Anerkennung des Schiedspruchs, sowie weitere Verhandlungen mit dem Gewerbegericht oder Einigungsamt ablehnen. Auch mit den Arbeitern oder deren Kommissionen zu verhandeln, besteht keine Geneigtheit insofern der von jenen geübten Kampfesweise. Wir hoffen jedoch, daß die dortige Gewerkschaftskommission auf Grund unseres Standpunkts ihren Einfluß auf die Ausständigen ausüben will und kann.

Hochachtungsvoll

Verein der Tabakfabrikanten.

J. A.: J. Kneiff, Vor.

Also endlich! Jetzt werfen sie die Maske ab! Klipp und klar fordern die Herren: Bedingungslose Unterwerfung! Das ist ihr letztes Wort. Jede Unterhandlung, mag sie kommen, woher sie will, muß strikt abgelehnt werden. Wer glaubt nun noch, daß diese Herren den Anebelrevers zurückgezogen haben? Schon seit Wochen zurückgezogen haben? Aber nicht nur die Forderung bedingungsloser Unterwerfung ist das bezeichnende Moment des obigen Briefes allein: Zunächst ist die in jenem Schreiben enthaltene Zumutung an die Berliner Gewerkschaftskommission resp. deren Ausschuß wohl das Stärkste, was man Vertretern organisierter Arbeiter zumuten wagen kann. Ist es nicht ein Hohn ohne gleichen, wenn man dem Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission den Rat giebt, seinen Einfluß nur bei „ihnen“, den unfehlbaren Fabrikanten abtrünnig gewordenen Arbeitern geltend zu machen; ihnen in jeder Weise klar zu machen, daß sie sich zu duden, daß sie zu gehorchen haben, ohne zu mucken, ohne zu widerprechen? Diese Beleidigung des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission muß die Arbeiterchaft Berlins mitreifen und kann nur dadurch ausgeglichen werden, daß die Arbeiterchaft Berlins und seiner Umgebung der Boykott der Nordhäuser Kantabal-Fabrikate der den Anebelrevers verlangenden Fabrikanten auf ihre Fahne setzt. Eine bessere, eine würdigere Antwort kann dieses Gebahren nicht finden. Boykott auf der ganzen Linie kann diesem Progenium klar machen, daß die Arbeiterchaft Berlins den ihren Vertretern angehangenen Schimpf zu fühlen im Stande ist, und da Berlin ein bedeutendes Absatzgebiet für die Erzeugnisse dieses Fabrikantentums bildet, so sind sie hier an der Stelle zu fassen, wo auch diese Menschen sterblich sind. Es gilt hier, die Ehre des Arbeiters gegen solch schändliches Ansinnen zu wahren.

Auf Ihren Schein (den Anebelrevers) bestehen noch die Firmen: E. A. Kneiff, G. Redderlein, G. A. Hammerwader, Berlin u. Bonn, S. u. R. Wittig, Rothhardt u. Comp., F. C. Lerche, Salsfeld u. Stein.

Die Produkte dieser Firmen sind so lange zu meiden, bis auch sie anerkannt haben, daß auch der Arbeiter ein Recht auf Koalitionsfreiheit hat.

Die Kommission der Tabakarbeiter.

Litterarisches.

Der in seinem 26. Jahrgang vorliegende „Neue Welt-Kalender für das Jahr 1902“ (Hamburg, Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co.) enthält u. a.: Kalendarium. — Postwesen. — Statistische Schnigel. — Räddbid. — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Die Geschichte vom starken Mann. Von Emil Rosenow (mit Illustrationen). — Dem Frühling zu. Gedicht von Ernst Kreowski. — Die Socialdemokratie in der Gemeinde. Von Paul Singer. — Wilhelm Liebknecht, ein Charakterbild. Von Robert Schweichel. — Wilhelm Liebknecht. Gedicht von Robert Seidel. — Die Erziehung Chinas. Von Max Schippel (mit Illustrationen). — Woher stammen unsere Getreide-Arten. Von Dr. Kurt Grottenwig. — Schmiede. Gedicht von Franz Diederich. — Aus den Lehrjahren. Erzählung von Robert Schweichel (mit Illustrationen). — Streif. Gedicht von Ludwig Lesser. — Unser zweiter Parteitag unterm Ausnahmegeretz. Von J. A. — Eine englische Arbeiter-Gewerkschaft. Von Eduard Bernstein (mit Illustrationen). — Grabe nur. Gedicht von Ernst Brezgang. — Die letzten Reichstagswahlen in Ostpreußen. Von Engelbert Bernerstorfer. — Hoch- und Untergrundbahnen. Von A. G. (mit Illustrationen). — Ein französischer Quaderstreik im 16. Jahrhundert. Von Adolf Braun. — Der Fischbaum. Gedicht von Ernst Brezgang. — Fliegende Blätter. — Das Schwein des Bürgermeisters. Schwank von R. S. Diefenbach. — Für unsere Kästler. — Trübseligkeit und Bräuteller. — Hierzu vier Kupfer: Wilhelm Liebknecht — Die Schmittler — Die ersten Kirschen — Bayerischer Hochzeitslieder. — Ein Dreifarbenendruck auf Kunstdruckpapier: Verlassen. — Ein Wandkalender.

Versammlungen.

Die an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter hielten am 8. d. M. im Gewerkschaftshaus ihre Generalversammlung ab. Vor Beginn der Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken des verstorbenen Kollegen Schmolka durch Erheben von den Plätzen. — Der Kassierer gab die Abrechnung vom zweiten Quartal. Danach beläuft sich die Gesamteinnahme inkl. eines Kassenbestandes vom vorigen Quartal in Höhe von 9577,30 M. auf 15 063,75 M., der eine Ausgabe von 5755,35 M. gegenübersteht; somit verblieb am Schlusse der Abrechnung ein Bestand von 9810,40 M. — Aus dem Bericht des Vorstandes war zu entnehmen, daß der Verband am 1. Juli 1100 Mitglieder zählte. Es fanden statt: 2 Generalversammlungen, 5 außerordentliche Generalversammlungen, 3 Mitglieder-versammlungen, 2 Bezirksversammlungen, 2 Vorstands-sitzungen, 1 Werkstätten-Vereinsmänner-Versammlung, 1 Versammlung am 1. Mai.

Kollege Kuyner gab den Bericht von der Arbeitsnachweiskommission. Es waren 388 Stellenangebote eingegangen und konnten hiervon 369 Stellen besetzt werden. Ueber die Thätigkeit der Rechtschutz-Kommission referierte Kollege Henke. Mit acht aus dem vorigen Jahr als unentschieden hindübergenommenen sind bis Schlus des Halbjahrs 17 Verurteilungen an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherungen gegen Bescheide der Berufsgenossenschaften eingelegt worden; von denen in 12 Fällen entschieden wurde, und zwar in 6 Fällen mit ganzlichem, in drei Fällen mit teilweisem Erfolg, in 2 Fällen erfolgte Zurückweisung der Verurteilung, während eine Verurteilung zurückgezogen wurde.

Refus an das Reichs-Verufungsamt wurde 8 mal eingelegt, und zwar 6 mal seitens der Berufsgenossenschaft, deren Refus in 4 Fällen zurückgewiesen wurde; in 2 Fällen ist noch nicht entschieden. In drei Fällen mußte Klage beim Amtsgericht wegen Abgabe von Lohn erhoben werden, und erfolgte gemäß § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Verurteilung der Beklagten. Den Bericht der Werkstätten-Kontrollkommission gab Kollege Jäbide. Durch das proclatorische Vorgehen der Arbeitgeber entstanden in mehreren Werkstätten Differenzen. Die Kommission mußte des öfteren eingreifen und wurden die meisten Fälle zu Gunsten der Kollegen geschlichtet. Den Bericht von der Kassen-Kommission gab Kollege Jäc. Die Wahlen ergaben folgendes Resultat: Sauerzapf erster

Vorsitzender, Bräunig erster Schriftführer, Koch erster, Neuling zweiter Kassierer. Als Revisoren fungieren Best und Döber. In die Arbeitsnachweiskommission wurden die Kollegen Linar, Kuschewski und Hoppe gewählt. In die Kassen-Kommission wählte man die Kollegen L. Neese, Brust, Pöple als ständige Mitglieder und Jäbide als Vertreter. Als Delegierte für die Gewerkschaftskommission wurden die Kollegen Jäcel und Engler bestimmt. In die Werkstätten-Kontrollkommission wurden gewählt für Bezirk Norden: Reumann, für Osten: Schulz, Sadosi; Pöple, Südwest: Stentroth, Roabit; Lachmann, Weihensee; Pfeiler. Obmann derselben ist Pöple.

Die Hausdiener-, Packer- und Geschäftskutcher-Vereinigung beschloß in der am 10. Juli abgehaltenen General-Versammlung die Errichtung eines eignen Arbeitsnachweises. Die Verwaltung desselben wurde dem Kollegen Hilbert übertragen. Als Vorsitzender wurde Schattschneider gewählt. Dem neugewählten Vorstand wurde aufgetragen, die nötigen Vorlesungen zu treffen und durch Inserat im „Vorwärts“ das Lokal und den Zeitpunkt der Eröffnung des Arbeitsnachweises bekannt zu geben.

Schmargendorf. Der Wahlverein beschäftigte sich in seiner Versammlung am Montag, den 8. Juli, mit der Wohnungsfrage und unterzog hierbei die Maßnahmen der Gemeindevverwaltung, welche zwei Familien aus dem der Gemeinde gehörenden Grundstück erzwungene und beide gemeinsam in einem Raum der alten Schulbarade unterbrachte, einer gründlichen Kritik. Es wurde beschlossen, zu diesem Zweck am Montag, den 15. Juli, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, in welcher diese Maßnahmen sowohl als die Frage der Wohnungsnot einer öffentlichen Besprechung unterzogen werden sollen. Sodann wurde auf das am 27. Juli stattfindende 10. Stiftungsfest hingewiesen und um rege Agitation für dasselbe erudat.

Der sozialdemokratische Wahlverein Groß-Lichterfelde hielt am 10. d. Mts. seine Mitgliederversammlung ab. Nach einem Vortrag des Genossen John über „materialistische Geschichtsauffassung“ berichtete Wenzel über die Generalversammlung des Central-Wahlvereins des Kreises Teltow. Die Genossen Lehmann und Weitenhering wiesen auf das Unhaltbare des jetzigen Abrechnungsmodus mit dem Kreisverein hin. Nach lebhafter Diskussion wurde beschlossen, einen Antrag auf Statutenänderung der nächsten Kreis-Generalversammlung zu unterbreiten. Zum Kassierer für den Bezirk I wurde Genosse W. Lehmann gewählt.

Lichtenberg. Eine außerordentlich stark von Männern und Frauen besuchte Volksversammlung in Hölftichs Saal nahm am Dienstag den Bericht der Gemeindevorordneten entgegen und sprach in einer Resolution ihr Einverständnis mit der Thätigkeit der Abgeordneten der dritten Wählerklasse mit allen gegen 1 Stimme aus.

Die Wohnungsfrage und deren Behandlung im Rathaus von Lichtenberg, zu der, wie auch zum ersten Punkt, Grauer referierte, zeitigte eine Diskussion, bei der die Hausbesitzer-majorität der Gemeindevorordneten nicht gut abschnitt. Auch die großen Mietsteigerungen — es wurden solche von 60 M., 80 M. und 112 Mark für Stube und Küche erwähnt — wurden durch die Genossen Well, Ragke und Frau Sühning gebührend gewürdigt.

In einem Schreiben des Gemeindevorstandes, wonach nichts weiter getan werden könne, als Räume zur vorläufigen Unterkunft Obdachloser bereit zu stellen, wurde eine scharfe Kritik gelebt und die Leitung der Versammlung beauftragt, wieder und wieder die Gemeindevorwaltung auf ihre socialpolitische Pflicht hinzuweisen.

Russisch-japanische Eifersucht wegen Korea.

Die „Times“ melden vom 10. d. M. aus Seoul: Fast alle sirtigen Punkte, die hier kürzlich die Aufmerksamkeit auf sich zogen, sind jetzt geordnet, die Verhältnisse werden wieder normal. Die Japaner behaupten voll ihre Stellung, sie überwachen vorsichtig und unablässig jede Bewegung Russlands, namentlich an der koreanischen Grenze. Die Zahl der in Korea sich aufhaltenden Japaner nimmt ständig zu. Russland erkennt die Macht Japans an und ist eifrig bemüht, Japan verschuldet zu stimmen, indem es der japanischen Gefandtschaft die Bewegung der russischen Truppen in der Mandchurei mitteilt, namentlich, wenn dabei die koreanische Grenze in Frage kommt. Die Rasampho-Frage ist noch in der Schwebe. Japan hat daselbst innerhalb des Gebiets des Vertragshafens eine Konzeßion erhalten, genau so groß, wie die russische Konzeßion und auch mit Fischereirechten längs der Küste. Jeder von Russland erlangte Vorteil wird ausgeglichen durch einen von Japan erworbenen entsprechenden Vorteil. Frankreich entwickelt eine lebhaftere Thätigkeit, seine Kriegsschiffe sind oft in Sicht.

Näherung der Paläste und Tempel in Peking. Tschung-Tschung hat die Gefandten erudt, die Truppen aus den Palästen und Tempeln bis zum 15. August zurückzuziehen; die Gefandten haben diesem Ersuchen stattgegeben und die Befehlshaber der verbündeten Truppen mit entsprechender Nachricht versehen.

Abfahrt deutscher Ablösungsmannschaften. Montagsvormittag gingen in Bremerhaven mit dem Lloyd-Dampfer „Wittels“ 600 Mann als Ablösung für das 1. Ostasiatische Regiment, sowie kleine Abteilungen Artillerie und Bioniere ab.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Ueberschwemmungen in China.

Shanghai, 15. Juli. (Telegramm des Reuterschen Bureau.) Bei Hankau sind durch Ueberschwemmungen Hunderte von Menschen umgekommen.

Abin, 15. Juli. (W. G.) Gegenüber den von erneuten chinesischen Schwierigkeiten redenden Meldungen stellt die „Königliche Zeitung“, offenbar inspiriert, fest, daß den letzten Nachrichten aus China zufolge fast alle dem entscheidenden Abchlusse des Friedensvertrags bisher entgegenstehenden Schwierigkeiten behoben seien. Die wesentlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Regierungen seien heute ausgeglichen. Alle Meldungen von neuen Widerstandsgelüsten des Hofes und der Sammlung eines großen Heeres durch Zungtschian seien falsch. Für Missionare sei es in der letzten Zeit allerdings nicht so unbedingt sicher, als früher bei der Anwesenheit der europäischen Truppen, indessen hätten sorgfältige Erkundigungen ergeben, daß in den in Frage kommenden Gegenden die Wirkungen des europäischen Feldzuges noch derartig nachhaltig seien, um den Ausbruch des chinesischen Panatismus zu verhindern.

Leipzig, 15. Juli. (W. Z. B.) Die „Leipziger Menschen Nachrichten“ melden, der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Leipziger Bau-, Dodel, sei heute aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Stuttgart, 15. Juli. (W. Z. B.) Im Bezirk Herrenberg ging gestern ein schweres Hagelwetter nieder. Es fielen Hagelkörner von ansehnlicher Größe. Die Gante ist zur Hälfte niedergedrückt.

Lemberg, 15. Juli. (W. Z. B.) Heute vormittag zogen Arbeitslose in verschiedenen Gruppen vor das Arbeitsvermittlungsbureau am Stathaltergebäude und verlangten Arbeit. Die Polizei und eine Militärabteilung griffen ein und forderten die Demonstranten auf, auseinanderzugehen. Hierbei wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Nachmittags war die Ruhe wiederhergestellt.

Budapest, 15. Juli. (W. G.) In Gara erschlugen Bauern den Agenten des Auswanderungsbureaus Jock in Jozsue, weil letzteres viele Bauern zur Auswanderung nach Amerika verleitet hatte, wo dieselben im Elend umgekommen sind.

Die Große Berliner und ihre Angestellten.

Die famose Beschwerdekommission der Angestellten ist kürzlich nach halbjähriger Pause wieder einmal vor die Direktion geladen worden.

Daraus geht wohl ziemlich deutlich hervor, daß in der Betriebsinspektion des Herrn v. Wurmb Dinge vorgehen, die für die Direktion ein Geheimnis bleiben müssen.

Was sagt die Direktion dazu? Ist sie in ihrem eigenen Interesse bereit, gründlich Abhilfe zu schaffen?

Voraussetzungen müssen wir, daß die Beschwerdekommission zu zwei Dritteln aus den lieben Kindern des Aschervereins zusammengesetzt ist.

Daraus erklären sich auch verschiedene Vorgänge im Laufe der Verhandlungen. Die Regelung des Dienstes der Schaffner kam als erster Punkt zur Sprache.

Die elektrische Wagen sind zum Teil bekanntlich bedeutend größer als die Pferdebusse, es waren, die Schaffner haben daher mehr zu thun.

Die elektrische Wagen hin und hergeworfen, besonders ist dies der Fall, wenn mit Anhängern gefahren wird.

Die Direktion erklärte, die Räder seien auf ärztlichen Rat so angefertigt worden, geräusche aber dennoch wohlwollend, die Sache einer Beleidigungscommission zu überweisen.

Die Direktion lehnte deshalb eine Verärgerung der Dienstzeit der Schaffner entschieden ab.

Die Angestellten müssen darin wahre Schwächen durchmachen. Die Direktion erklärte, die Räder seien auf ärztlichen Rat so angefertigt worden.

Die Direktion lehnte deshalb eine Verärgerung der Dienstzeit der Schaffner entschieden ab.

Die Angestellten müssen darin wahre Schwächen durchmachen. Die Direktion erklärte, die Räder seien auf ärztlichen Rat so angefertigt worden.

Die Direktion lehnte deshalb eine Verärgerung der Dienstzeit der Schaffner entschieden ab.

Die Angestellten müssen darin wahre Schwächen durchmachen. Die Direktion erklärte, die Räder seien auf ärztlichen Rat so angefertigt worden.

Die Direktion lehnte deshalb eine Verärgerung der Dienstzeit der Schaffner entschieden ab.

Die Angestellten müssen darin wahre Schwächen durchmachen. Die Direktion erklärte, die Räder seien auf ärztlichen Rat so angefertigt worden.

Die Direktion lehnte deshalb eine Verärgerung der Dienstzeit der Schaffner entschieden ab.

Die Angestellten müssen darin wahre Schwächen durchmachen. Die Direktion erklärte, die Räder seien auf ärztlichen Rat so angefertigt worden.

Die Direktion lehnte deshalb eine Verärgerung der Dienstzeit der Schaffner entschieden ab.

Die Angestellten müssen darin wahre Schwächen durchmachen. Die Direktion erklärte, die Räder seien auf ärztlichen Rat so angefertigt worden.

Die Direktion lehnte deshalb eine Verärgerung der Dienstzeit der Schaffner entschieden ab.

Die Angestellten müssen darin wahre Schwächen durchmachen. Die Direktion erklärte, die Räder seien auf ärztlichen Rat so angefertigt worden.

Die Direktion lehnte deshalb eine Verärgerung der Dienstzeit der Schaffner entschieden ab.

Die Angestellten müssen darin wahre Schwächen durchmachen. Die Direktion erklärte, die Räder seien auf ärztlichen Rat so angefertigt worden.

Die Direktion lehnte deshalb eine Verärgerung der Dienstzeit der Schaffner entschieden ab.

Die Angestellten müssen darin wahre Schwächen durchmachen. Die Direktion erklärte, die Räder seien auf ärztlichen Rat so angefertigt worden.

Die Direktion lehnte deshalb eine Verärgerung der Dienstzeit der Schaffner entschieden ab.

Die Angestellten müssen darin wahre Schwächen durchmachen. Die Direktion erklärte, die Räder seien auf ärztlichen Rat so angefertigt worden.

Die Direktion lehnte deshalb eine Verärgerung der Dienstzeit der Schaffner entschieden ab.

Die Angestellten müssen darin wahre Schwächen durchmachen. Die Direktion erklärte, die Räder seien auf ärztlichen Rat so angefertigt worden.

Die Direktion lehnte deshalb eine Verärgerung der Dienstzeit der Schaffner entschieden ab.

Die Angestellten müssen darin wahre Schwächen durchmachen. Die Direktion erklärte, die Räder seien auf ärztlichen Rat so angefertigt worden.

Die Direktion lehnte deshalb eine Verärgerung der Dienstzeit der Schaffner entschieden ab.

Die Angestellten müssen darin wahre Schwächen durchmachen. Die Direktion erklärte, die Räder seien auf ärztlichen Rat so angefertigt worden.

Die Direktion lehnte deshalb eine Verärgerung der Dienstzeit der Schaffner entschieden ab.

Die Angestellten müssen darin wahre Schwächen durchmachen. Die Direktion erklärte, die Räder seien auf ärztlichen Rat so angefertigt worden.

Die Direktion lehnte deshalb eine Verärgerung der Dienstzeit der Schaffner entschieden ab.

Die Direktoren schienen selber von ihrer Begründung wenig zu halten, sie hatten auf einmal keine Zeit mehr und ließen die Angestellten allein.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Die Verhandlungen haben erneut den Beweis gebracht, daß auf gütlichem Wege bei der „Großen“ für die Angestellten nichts zu erreichen ist.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Treptow-Baumhulweg. Morgen abend 8 1/2 Uhr hält der Socialdemokratische Wahlverein seine Monatsversammlung ab.

Friedrichsfelde. Die Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins für Friedrichsfelde fällt am Dienstag, den 16. d. M., aus.

Schöneberg. Heute, Dienstag, Generalversammlung des Wahlvereins im Lokale von Obst, Meiningerstraße.

Lokales.

Einheitslichkeit der Lehrmittel an den Gemeindeschulen.

Die Kommission, die auf Veranlassung des Kultusministers zusammengetreten ist, um über den neuen Lehrplan der Berliner Gemeindeschulen zu beraten, soll bei dieser Gelegenheit auch wie es in dem betreffenden Ministererlaß heißt, eine allmähliche Vereinheitlichung der in den Gemeindeschulen der Stadt Berlin gebrauchten Lehrmittel in die Wege leiten.

Der Eingriff in die materiellen Interessen, die Schädigung des Buchgewerbes, muß von vornherein anscheiden. Die Schulen sind ja nicht für die Buchhändler da, sondern die Buchhändler für die Schulen.

Die Buchhändler gegen die Vereinheitlichung anzuführen, aber den Eingriff in geistige Interessen, den hemmenden Einfluß auf die Entwicklung der Schulbuch-Litteratur.

Dieser Einwand hat natürlich in der Denkschrift nur die Bedeutung einer Dekoration. Die Buchhändler würden sich um die fortschreitende Entwicklung der geistigen Bewegung im Gebiete des Unterrichtswezens sehr wenig Sorge machen.

Gerade vom pädagogischen Standpunkt aus läßt sich auch ein sehr gewichtiger Grund für die Vereinheitlichung anführen. Ein Wechsel des Lehrbuchs erschwert die Arbeit des Lehrers und hemmt die Fortschritte der Kinder.

In Berlin kommen aber, so lange keine Einheitslichkeit der Lehrbücher besteht, recht viele Kinder in die Lage, mitten im Schuljahr die Lehrbücher wechseln zu müssen.

Die Direktion der „Großen Berliner“ steht also in dieser Frage mit der Wahrheit auf dem Kriegsfuß. Freilich, von moralischen Bedenken waren die Direktoren noch niemals befangen, wenn es galt, die Ablehnung einer Forderung der Angestellten zu begründen.

Durch die Vielheit der Lehrbücher werden die Eltern auch in wirtschaftlicher Hinsicht belastet, da bei Anschaffungen der Bücher immer wieder neue Ausgaben verurteilt. Dieser Uebelstand ist der einzige, den die Buchhändler in ihrer Denkschrift angeben, aber sie haben zugleich eine Abhilfe in Aussicht. Sie empfehlen Einrichtung von Sammel- und Austauschstellen und Ausgestaltung des seit Jahren im Rathause bestehenden Tauschdepots.

Die Rimmerfatten. Hundertundfünfzig Prozent Gewinn sind den Apothekern noch nicht genug! Sie streben vielmehr noch eine weitere Steigerung an, und suchen deshalb aus der Arzneitaxe alle diejenigen Bestimmungen auszumergen, welche für das Publikum günstig sind.

Wir zweifeln nicht daran, daß dieser Antrag begeisterte Zustimmung auf dem Vereinstage finden wird. Bedauert er doch eine neue Schröpfung des Publikums, eine abermalige Vertenerung des Arzneibedarfs zu Gunsten der Apotheker.

Das Gewitter, das am Sonntag über Berlin aufzog, ist nur in den nördlichen und den nordwestlichen Vororten stark niedergegangen. Berlin selbst blieb fast ganz verschont, nur in Roßbit wurde etwas Hagelgeschlag bemerkt.

In Potsdam überfluteten die Wassermassen die niedrig gelegenen Straßen, die kleinen Seen gleichen. Um 8 Uhr, als das Gewitter schon im Abziehen begriffen war, hatte ein Blitzstrahl die im Neuen Garten stehende, von König Friedrich Wilhelm II. am Ufer des Helligensees erbaute Bibliothek getroffen und gezündet.

Ein Seitenstück zum Wühlendamm ist jetzt an der neuen Mohrstrassen-Brücke entstanden. Zwischen der Friedrichsgracht und der Rittergasse sind auf dem durch den Abbruch der alten Häuser Kohlenstraße 12a-14 entstandenen freien Terrain, welches Eigentum der Stadt ist, nicht weniger als neuen niedrige Verkaufshallen aufgeführt worden.

Die Milchhändler haben in dem Kampfe gegen die vom Abgeordneten Ring, Grafen Schulerburg und Genossen geplante Milchverleuerung in letzter Stunde noch einen beachtenswerten Erfolg erzielt. Ungefähr 85 Proz. aller in Berlin und den Vororten domizilierenden Milchhändler haben sich bekanntlich, wie i. J. gemeldet, bei erheblicher Konventionalstrafe verpflichtet, unter keinen Umständen weder direkt noch indirekt in geschäftliche Beziehungen zu der „Milchzentrale“ der obengenannten Herren zu treten.

Erweiterte Zwangs-Zimmungsgerichtsbarkeit. Die Zimmungsversammlung der hiesigen Schneider (Zwangs-Zimnung) hatte am 8. Oktober 1900 den Beschluß gefaßt, daß die Hausgewerbetreibenden des Schneidergewerks, die der Regel nach Gesellen oder Lehrlinge halten, in den Kreis der Mitglieder dieser Zimnung einbezogen werden sollen.

Die hohe Politik im Sportpark. Die Sämmod unserer unentwegt liberalen Blätter haben ihren Beruf verfehlt, wenn sie noch der Gewohnheit der letzten Jahre nach in den Vorgängen der Wilhelmstraße antihandrieren. Wer im Zeichen der Hundstage sich über das Thermometer der äußeren Politik berufsmäßig unterrichten muß, lasse das Willkomm in Nähe und begeben sich nach Friedenau, wie seine geistigen Vorfahren sich ihrer Zeit nach Biarritz begeben haben.

Table with financial data: Einnahme im Juni 1901, bis 31. Mai 1901, Dagegen in 1900, Tagesdurchschnitt.

für die Beratung über die Reform des Reichstags-Wahlrechts dienen wird. Dieses Wahlrecht — selbstverständlich nur zur zweiten Kammer des Reichstags — beginnt erst bei einem Einkommen von 800 Kronen. Es hat sich nun ergeben, daß nur 60 Proz. der „festangestellten“ Arbeiter, d. h. solcher die mindestens 49 Wochen auf einer Stelle waren, ein Jahreseinkommen von über 800 Kronen hatten. Nicht man die übrigen Arbeiter mit in Betracht, so ergibt sich, daß nur 55 Proz. über die Wahlrechtsgrenze kommen und 45 Proz. darunter bleiben. Der Durchschnittslohn betrug für die ledigen Arbeiter nur 706 Kronen, für die verheirateten 809 Kronen. Für 16 Betriebe lagen die Lohnlisten von 1885 bis 1898 vor und es ergab sich daraus, daß eine nicht unbedeutende Steigerung der Stundenlöhne stattgefunden hat. 1885 wurde durchschnittlich als niedrigster Lohn pro Stunde 15,2 Dore, als höchster 25,5 Dore bezahlt; 1898 aber 18,8 als niedrigster und 30 Dore als höchster Durchschnitts-Stundenlohn.

In seinen Untersuchungen über die Zugehörigkeit der Arbeiter zu den Gewerkschaften hat der amtliche Statistiker nur die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Hochverbände in Betracht gezogen, den Verbänden zur Gründung religiöser, gesellhafter oder sozialistenfeindlicher Arbeitervereine aber keine Beachtung geschenkt. Danach gehörten 4308 der befragten Arbeiter den Gewerkschaften an, etwa 40 Proz. der Volljährigen. Der Statistiker spricht mit größter Achtung von diesen Organisationen und besonders von der der Eisen- und Metallarbeiter, die 1901 in 98 Mitgliedschaften 14 022 Mitglieder zählte.

Die „Statistik über die großen mechanischen Werkstätten“ bildet einen stattlichen Band von 300 Seiten. Wir konnten hier nur einige Proben aus dem überreichen Material geben, das mit großer Gewissenhaftigkeit zusammengetragen ist.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein der Frauen und Mädchen Schneberg's hält am 17. Juli im Lokale von Obst, Weiningerstr. 8, seine Generalversammlung ab. Sie wird den Jahresbericht entgegenzunehmen und den Vorstand neu zu wählen haben. Außerdem soll der diesjährige Ausflug sowie verschiedene andere Vereinsangelegenheiten besprochen werden.

Opfer des Kampfes. Die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiterinnen Berlins hat auch ihr Opfer aufzuweisen. Die Genossin Rosa Engel, die im vorigen Jahre ihr fünfundsingzigjähriges Arbeitsjubiläum in der Wäschefabrik von Ehrmann u. Co. feierte, wird jetzt von Arbeitslosgang zu Arbeitslosgang gehetzt. Raum hat sie eine neue Stellung gefunden, so heißt es nach 3 oder 4 Tagen bereits: „Sie passen nicht für unser Geschäft!“ Die Tätigkeit der Genossinnen in dem Ehrmann'schen Geschäft beweist, daß sie eine brauchbare Arbeiterin ist; der gleichmäßig angegebene Entlassungsgrund nach einer Tätigkeit von 3—4 Tagen beweist, daß es sich dabei nur um einen vorgeschickten Grund handeln kann. Der wahre Grund kann nur die rege Tätigkeit der Genossinnen für ihre Berufsorganisation sein. Frau Rosenstengel wird von diesen Wahregungen um so härter betroffen, als sie die einzige Ernährerin ihrer Familie ist, da ihre Mann arbeitsunfähig ist. Sie wird sich natürlich nicht beugen, sondern wird versuchen, sich durch Hausplätterei durchzuschlagen. Die Solidarität der Arbeiterin wird ihr hoffentlich nicht fehlen. Die Arbeiterinnenbewegung wird davon nur neuen Anstoß erhalten.

Von der Agitation. Im Auftrag des Agitationskomitees des Fabrikarbeiterverbandes für Anhalt sprach Genossin Bieg-Hamburg kürzlich in einer Reihe von Versammlungen. Dieselben fanden statt in Dessau, Jony, Bernburg, Harzgerode, Köpeln, Gerst, Cöthlen, Maguhn, Calbe a. S., Staßfurt, Warby, Rieburg a. S. und Cöthlen. In allen Versammlungen waren die Frauen stark vertreten. In Dessau und Bernburg wurden Agitationsnummern der „Gleichheit“ verbreitet; es soll hier zunächst versucht werden, einen Stamm von Leserinnen der Zeitschrift zu gewinnen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder des Fabrikarbeiter-Verbands ist vom ersten bis zum vierter Quartal 1900 von 2994 auf 3673 gestiegen. In diesem Aufschwung partizipiert erfreulichweise auch Anhalt, wo seit dem

Raumburger oberlandesgerichtlichen Urteil bezüglich des Anhaltischen Vereins- und Versammlungsrechts die Agitation unter dem weiblichen Proletariat bedeutend erleichtert ist.

Approbirte Kertinnen in Deutschland. An der Universität Halle bestanden vor einigen Tagen zwei Damen, Fräulein Irma Klausner und Fräulein Eise v. d. Lehen die ärztliche Staatsprüfung. Beide hatten das Reifezeugnis eines deutschen Realgymnasiums erworben und darauf 10 Semester an deutschen Universitäten studiert. Sie sind somit die ersten Frauen in Deutschland, die unter denselben Bedingungen wie Männer die Vorbildung für den ärztlichen Beruf erlangt haben und nun als Kertinnen ihren männlichen Kollegen gleichgestellt sind.

Vermischtes.

Ein Schulgebäude vom Blitz getroffen. Während eines Gewitters, das sich über dem Dorfe Kalligkowitz bei Kallisch entlud, schlug der Blitz in das Schulgebäude gerade während des Unterrichtes. Der Blitz nahm seinen Weg zuerst in die Klasse, in welcher die Frau des Lehrers gerade mit der Zubereitung des Mittagmahls beschäftigt war; die Frau erhielt starke Brandwunden. Hierauf lief der Blitz an den Wänden der ersten Abteilung der Schule entlang, wobei die auf den letzten Bänken sitzenden Kinder getroffen wurden, und zwar wurde ein Schüler der zweiten Klasse vom Blitz auf der Stelle erschlagen, während fünf andre Knaben schwere Kontusionen erlitten. Leichtere Verletzungen erlitten vierzehn Knaben. Am Aufkommen der Frau wird gezweifelt.

Arbeitererfahrungen. Aus Laibach wird berichtet: Beim Bau der Wipachthalbahn wurden mehrere Arbeiter durch einen Erdsturz erschlagen; einer war sofort tot, zwei wurden lebensgefährlich, die übrigen leichter verletzt.

Eisenbahn-Unfall. Am Sonntagabend wurde ein Fuhrwerk mit Ausflüglern von einem von Kiel nach Flensburg gehenden Eisenbahnzug auf einem Bergabgange bei der Station Maasbüll überfahren. Zwei Personen wurden getötet, mehrere andre verletzt.

Schiffsunfall. Der deutsche Dampfer „Tanis“ ist in der Nähe von Santa Rogate gestrandet. Von Montevideo wurde Hilfe entbunden; auch ein Regierungsdampfer hat sich an Ort und Stelle begeben.

Einen traurigen Ausgang nahm das Schützenfest, das am Sonntag in Siegen abgehalten wurde. Witten im Feststrahl erplödierte ein Foh mit 50 Pfund Schießpulver, das zum Wöllerschützen bestimmt war. Das Haus, in welchem das Pulverfabrik stand, stürzte zusammen, vier Personen wurden getötet, vier schwer verletzt.

Der Lechtinger Kindermord dürfte jetzt aufgeklärt werden. Der des Rügener Knabenmordes dringend verdächtige, seiner Zeit aber in Osnabrück mangels Beweises wieder freigelassene Tschow wird jetzt als der mutmaßliche Täter bezeichnet.

Witterungsübericht vom 15. Juli 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Temp. u. G. ° C	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Temp. u. G. ° C
Stotmende	761,220	1	wolfig	21	Daparcanda	760,2	2	h. bed.	16
Dnmburg	760,220	1	bedekt	19	Petersburg	—	—	—	—
Berlin	760,220	1	h. bed.	23	Kiel	765,2	3	wolfig	14
Frankf. M.	762,220	2	wolfig	20	Kerben	—	—	—	—
Dresden	764,220	2	heiter	21	Paris	764,220	1	bedekt	17
Wien	760,220	2	heiter	23					

Weiter-Propgnose für Dienstag, den 16. Juli 1901.
Etwas kühler, meist wolfig und schwül bei schwachen Südwestlichen Winden und fortwährender Bewitterung.
Berliner Wetterbureau.

Marktpreise von Berlin am 13. Juli 1901
nach Ermittlungen des (gl. Polizeipräsidiums.

Ware	Preis	Ware	Preis	
Weizen, gut D-Gir	—, —	Kartoffeln neue D-Gir	12, —	
„ mittel	—, —	„ alte D-Gir	1, 60	
„ gering	—, —	„ do. Bauw	1, 50	
Kleingut, gut	—, —	Schweinefleisch	1, 60	
„ mittel	—, —	„ do.	1, 70	
„ gering	—, —	Dammfleisch	1, 60	
Butter, gut	16, —	Butter	2, 60	
„ mittel	14, 80	Eier 60 Stk	4, —	
„ gering	13, 60	Kartoffeln	1 kg	2, —
„ dofer, gut	16, 30	Kale	2, 80	
„ mittel	16, 50	„ do.	2, 80	
„ gering	14, 70	„ do.	2, 40	
Rindfleisch	6, 82	„ do.	1, 80	
„ do.	7, 20	„ do.	2, 40	
„ do.	40, —	„ do.	1, 40	
„ do.	65, —	„ do.	1, 50	

Produktenmarkt vom 15. Juli. Getreide. Der hiesige Weizenmarkt in der nordamerikanischen Weizenhaufe und die Grundbedingungen der Getreide-notierungen in Weizn um 8 bis 9 Kronen, liegen zwar den hiesigen Weizen nicht unbedeutend, trotzdem konnte man doch eine relative Festigkeit der Grundbedingung feststellen. Besonders Roggen behauptete seine letzten Notierungen und wurde später sogar ausgedrückt, da die neuen Privatnotierungen aus Russland, welche besagen, daß im Süden nur die Weizung von Odesa von den Weizungen der Türe verschont geblieben sind, die Abgeber zur Reserve veranlassen. Für Juli-Lieferungen wurde 1 R., für September 1/2 R. mehr erzielt. Weizen war aus den oben schon näher angeführten Gründen am Frühmarkt über 1 R. gedrückt, erholte sich jedoch mittags unter dem stimulierenden Einfluß der Festigkeit für Roggen und infolge gleichfalls mäßigen Angebots von Ware. Weizn lag sehr ruhig, dofer fest, Mais nachgebend. Weizen schwächer. Schluß sehr fest für Roggen, Herbst- und Winterlieferungen über 1 R. höher als vorgehen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist gesehen das 41. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Fall Kaufmann — Der sabatralische Krieg und der Niedergang des englischen Liberalismus. Von Th. Rothstein. — Erkenntnistheoretische Kritik. Von Heinrich Cunow. II. — Fürstentum. Von D. Bach. — Nach ein Beitrag zum Arbeiterinnenfrage. Von Gustav Hoch. — Die Seelensorge. Von R. Kautsky. — Väterliche Pöndelerei: Pierre Verroren, Les Atrocités de la guerre de Chine. Dr. Edmund Sternok. Die moderne Weltwissenschaft. Wesen und Grenzen des kritischen Wissens. — Penitention: Die Baumbergler der Gemeinde. Ein Bild aus Göttingen. Von Maria Kanyonova. Deutsch von W. Wopnysanski. (Fortsetzung.)

Von der „Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieck Verlag) ist und werden die Nr. 15 des 11. Jahrgangs ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Wirtschaftsgenossenschaft. III. Von Clara Jellin. — Frauenarbeit in Oeffentlichkeitsgenossenschaft. — Aus der Bewegung. — Penitention: Das Kind. — Einmalig. Von a. br. — Aus der Bewegung. — Penitention: Die Arbeiterinnen. — Vereinsarbeit der Frauen. — Frauen-Stimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung.

Der „Wahre Jacob“ Nr. 15 ist erschienen und zum Preise von 10 Pf. durch alle Buchhandlungen und Colporteurs zu beziehen. Aus dem Inhalt nennen wir das zweifelhafte Bild: „Gewerkschaftliche Tätigkeit im Kongressraum“. Es symbolisiert die Kraft der organisierten Arbeiterklasse gegenüber dem Unternehmertum. Ein Bildnis ist dem neuen Bildman-Deutlich gewidmet. Weitere Illustrationen beschäftigen sich mit dem Bildnis sowie mit dem Reicheshofalter Pflist. Auch textlich ist das Blatt sehr inhaltreich.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.
Die Wohnungsfrage und die Preussische Ministerial-Erlasse von 19. März 1901. Von Paul Wehler (Stuttgart). Verlag von Franz Dörmann u. Co. in Berlin S.W. 46. Preis 75 Pf.
H. B. Wir kennen leider weder eine solche Firma, noch ein derartiges Buch oder sonstiges Werk.
H. R. Wir haben Ihre Anfrage der Verwaltung des Gewerkschaftshauses überreicht.
Mittel. Der Bezirk steht nicht zur Wahl.

III. Wahlkreis.

Mittwoch, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Apollo-Saal, Sebastianstr. 39:

General-Versammlung des Wahlvereins im 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Abrechnung des Kassierers vom letzten Quartal. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes. 3. Vortrag des Genossen Dr. L. Arons: „Wie wird der preussische Landtag gewählt?“ 4. Diskussion und Beschlüsse.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.
242/10

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).

Dienstag, den 16. Juli, abends 8 Uhr, im Saal des Herrn Brüder, Waldemarstraße Nr. 75:

Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Karl Wiesenenthal über: „Warum muß die Socialdemokratie siegen?“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Gäste willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.
244/10

Volks-Versammlung für den 11. und 12. Kommunalwahlbezirk.

Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung der Kommunalwahlen, und warum müssen die Wählerfragen eingehender werden? Referenten: Stadtv. Fritz Zabell und Gottfr. Schulz. 2. Diskussion.
Zahlreichen Besuch erwarten
Die Vertrauensleute.
214/14

Deutsch. Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin).

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Bersprecher: Amt VII, 353
Mittwoch, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr,

General-Versammlung in Kellers Festsaal, Köpenickerstr. 29.

Tages-Ordnung:
Fortsetzung der Diskussion über den Bericht vom Verbandstag. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Vertrauensleute sind verpflichtet, den Mitgliedern die Mitgliedsbücher auszuhandigen.
Die Ortsverwaltung.
116/18

Achtung! Tabak-Arbeiter. Achtung!

Donnerstag, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Nümann, Brunnenstr. 188 (nahe dem Rosenhaler Thor):
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Der Zustand in Nordhausen. Referent: Karl Dolchmann-Bremen. Vorsitzender des deutschen Tabakarbeiter-Verbands.
Die Kommission.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.

Montag, den 22. Juli, abends präcise 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain: Versammlung des Sonderchors.

laut Beschluß der letzten Ausschuß-Sitzung ist jeder Verein verpflichtet, ein Quartett zu stellen.
Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über die abzuhaltenden Liebesstunden. 2. Beschlüsse des Bundesrates legitimiert.
Der Vorstand.
16/9

Centralverband der Maurer u. (Zahlstelle Berlin und Umgegend.)

Am Dienstag, den 16. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung aller zum Vertragsgebiet gehörenden Zahlstellen Berlins und der Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dranssel über: Die französische Revolution und die heutige Gesellschaftsordnung. 2. Abrechnung des Schriftführers vom ersten Halbjahr 1901. 3. Das Ergebnis der letzten Baukontrolle. 4. Die Abstemplung der Sammelkarte und Beschlüsse.
Guten Besuch erwartet
Die Verbandsleitung.

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Zahlstelle Rixdorf.)

Mittwoch, 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Klemke, Bergstr. 137: General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Ergänzungswahl von Verwaltungsmitgliedern. 3. Verbandsangelegenheiten und Beschlüsse.
Die Kollegen der Werkstoff von Birgensen, Prinz Ganderstr. 23, werden zu dieser Versammlung ganz besonders eingeladen.
Jeder Kollege muß erscheinen.
Die Ortsverwaltung.
106/13

Textilarbeiter-Verband. Filiale III (Defeatore).

Am Mittwoch, den 17. Juli 1901, abends 8 Uhr, bei Janaschk, Inselstrasse No. 10: General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht der Kassierer und der Revisoren. 3. Vereinsangelegenheiten.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich. — Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Etablissement Süd-Ost, Waldemarstrasse 76.
Saal für Festlichkeiten und Versammlungen. Mehrere Sonnabende sind noch im August, September und Oktober an Vereine zu vergeben.
H. Brüder, Gostwitz.
1908/2

Dampfer jeder Größe vermittelt billig an Vereine u. Gesellschaften Reddig, Friedrichshagen, Zeestr. 51.

Holzmarktstr. 20, Bäckerei, auch für andre Zwecke zu vermieten. 1890/2

An der Michaelbrücke 1 bei der Holzmarktstraße noch zu vermieten Fabrik-Räume: 1940/2
I. Etage mit 325 Meter, II. „ 325 „ III. „ 115 Meter, IV. „ 150 „
in beliebigen Teilen. Doppeltisch, Fahrstuhl, Wasserablässe, F. Simon, Gerchth. Hohen-Reißer. An der Michaelbrücke 1.

Berliner Ulk-Trio. Felix Scheuer Ullrichstr. 1.

Jede Taschenuhr reinigen od. Feder einl. 1,50 Mk. unt. Gar. Goldene Damenuhren 15—100 Mk. Gezirgen überne Uhren 5,50 Mk. Zeitzahlung gestattet.
G. Paetzl, I. Geschält: Wollstraße 11, nahe Spittelmarkt. 2. Geschält: Turmstraße 65.

Verein deutscher Schuhmacher.

Mittwoch, 17. d. M., abends präcise 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 c (oberer Saal): Außerordentliche General-Versammlung.

Fortsetzung der Tagesordnung von der Versammlung vom 10. Juli d. M.
Wir ersuchen um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.
170/5

Arbeiter-Bildungsschule.

Dienstag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Saal 8: General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes, der Revisoren und des Lehrer-Kollegiums. 2. Anträge. 3. Schulangelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegengenommen.

Sonntag, den 11. August 1901: Dampferpartie mit Musik

nach dem herrlich am Dämmeritz-See gelegenen Hessenwinkel (Lokal Rappmund).
Konzert im Garten. Tanz im Saal. Rundfahrt auf dem Dämmeritz- und Flakensee. Spiele im Walde mit vielen Ueberraschungen.

Billets a 1,25 (Kinder unter 14 Jahren frei) sind in den mit Plakaten belegten Handlungen, ebenfalls in der Generalversammlung, sowie in der Bibliothekstunde Donnerstagabend von 8-9 Uhr und bei den Vorstandsmittgliedern zu haben.
Abfahrt früh präcise 7 Uhr von der Stralauer Brücke 5. Zu zahlreicher Beteiligung ladet ein
Der Vorstand.
4/17

Bähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 R. Plomben 1,50 R. Zeitzahl. wöchentlich. 1 R. Zahnarzt Wolf, Veltgierstr. 130. Spr. 9-7.

